



LUDWIG-  
MAXIMILIANS-  
UNIVERSITÄT  
MÜNCHEN

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE FAKULTÄT



Reinhard Spree:

## About the Relative Efficiency of the Nazi Work Creation Programs

Munich Discussion Paper No. 2004-15

Department of Economics  
University of Munich

Volkswirtschaftliche Fakultät  
Ludwig-Maximilians-Universität München

Online at <http://epub.ub.uni-muenchen.de/382/>

## About the Relative Efficiency of the Nazi Work Creation Programs

Reinhard Spree  
Seminar für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte  
Volkswirtschaftliche Fakultät/ Department of Economics, University of Munich

Juni 2004

### Abstract

The proposed paper will discuss the controversy on Germany's economic recovery after the Depression and the role Nazi work creation programs had therein. Economic data suggests evidence of a cyclical turning point of the economic crisis in the summer of 1932 with some leading indicators reaching the turning point already in January 1932, which I propose to discuss. Data of the years 1933/34 support this argumentation. On this empirical basis the impact of Hitler's work creation programs have to be re-evaluated: these programs were not the *causes* of Germany's economic recovery of but only supported a self-sustaining cyclical upswing to 1936. The basis of that upswing is to be seen, as Knut Borchardt has already argued 12 years ago, in the "normalisation" of the structural relations between factor prices and productivity, i. e. the improvement of supply conditions and profit chances.

JEL classification: E62, H53, J23, N34, N44

Correspondence Address:  
Reinhard Spree  
Seminar für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte  
Universität München  
Amalienstr. 17, Rgb., D-80333 München  
FAX: 0049-80-2180-3168  
e-mail: r.spree@swg.vwl.uni-muenchen.de

# Zur relativen Bedeutung der NS-Arbeitsbeschaffungspolitik

von Reinhard Spree

## 1. Einleitung

Es wäre zwar verdientvoll, die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten nach der Machtergreifung in ihrer Gesamtheit darstellen zu wollen. Doch stösst das auf grosse Schwierigkeiten, besonders wenn es um eine knappe Abhandlung gehen soll, weil es sich um eine Wirtschaftspolitik ohne Konzept handelte, die auf sehr unterschiedlichen Gebieten, hinsichtlich der Begleiterscheinungen und Folgen meist unabgestimmt, vorprellte. Dabei wurden auch durchaus abweichende, teilweise unverträgliche Ziele mit einander oft widersprechenden Massnahmen verfolgt, z. B. wenn es einerseits um Arbeitsbeschaffung (im Folgenden AB), andererseits um die parallel verfolgte ständestaatlich orientierte Neuordnung der Wirtschaft ging. Herbst gelangt deshalb zu dem Urteil, dass Globalaussagen kaum möglich sind: "Für keine Wirtschaft besitzen generelle Aussagen so wenig Geltung wie für die nationalsozialistische, durchbricht die Ausnahme so häufig die Regel".<sup>1</sup> Für die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus sei eben wie für andere Politikbereiche typisch, dass ein "Geflecht sich durchkreuzender Steuerungsimpulse" entstand, dessen Resultat ein "Prozess der Asymmetrierung" war.

Da im vorliegenden Sammelband die Anfänge der NS-Herrschaft das Thema sind und in dieser Zeit die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, dadurch die Gewinnung und Sicherung von Massenloyalität für das Regime von grösster Bedeutung waren, erscheint es angemessen, sich im Folgenden auf die Politik der AB zu beschränken.<sup>2</sup> Dies bietet sich zudem deshalb an, weil einerseits immer noch zahlreiche Vorurteile bezüglich der Bedeutung und der Wirkungen der NS-Arbeitsbeschaffungsmassnahmen in der Bevölkerung vorhanden sind, meist mit der Tendenz, deren Bedeutung zu überschätzen. Andererseits wurde aber auch unter Fachwissenschaftlern noch keine Einigkeit darüber erzielt, wie die jüngst ausgetragene Kontroverse um einen die traditionelle Sicht erfolgreicher NS-Beschäftigungspolitik reproduzierenden Aufsatz des Wirtschaftshistorikers Werner Abelshauer zeigt.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> L. Herbst: *Nationalsozialistische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik*, in: *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick*, hg. v. B. Söseemann, Stuttgart u. München 2002, S. 175.

<sup>2</sup> Vgl. als Überblicke über die Wirtschaftspolitik des NS insgesamt vor allem W. Abelshauer: *Markt und Staat. Deutsche Wirtschaftspolitik im "langen 20. Jahrhundert"*, in: *Geschichte der deutschen Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, hg. v. R. Spree, München 2001, S. 117-140; A. Barkai: *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Der historische und ideologische Hintergrund 1933-1936*, 2. Aufl., Frankfurt/M. 1988; W. A. Boelcke: *Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums*, Düsseldorf 1983; A. Ritschl: *Wirtschaftspolitik im Dritten Reich - Ein Überblick*, in: *Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft*, hg. v. K. D. Bracher, Bonn 1992, S. 118-134; *Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik*, hg. v. H.-E. Volkmann u. B. Chiari, München 2003.

<sup>3</sup> Vgl. W. Abelshauer: *Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 47/ 1999, S. 503-538; C. Buchheim: *Die Wirtschaftsentwicklung im Dritten Reich – mehr Desaster als Wunder. Eine Erwiderung auf Werner Abelshauer*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 49/ 2001, S. 653-664; Ders.: *Die Erholung von der Weltwirtschaftskrise 1932/33 in Deutschland*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1/ 2003, S. 13-26; A. Ritschl: *Hat das Dritte Reich wirklich eine ordentliche Beschäftigungspolitik betrieben?* In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 1/ 2003, S. 125-140 (im Folgenden zitiert als Ritschl: Beschäftigungspolitik).

Nach einem Blick auf die Wirtschaftsentwicklung zwischen 1928 und 1936, vor allem in Deutschland (Abschnitt 2) soll in Abschnitt 3 gründlicher, als das sonst üblich ist, die konjunkturelle Wende und damit das Ende der Weltwirtschaftskrise bestimmt werden. In den Abschnitten 4 und 5 werden die AB-Massnahmen seit Mitte 1932 dargestellt, um in Abschnitt 6 zu prüfen, welches nach derzeitigem Kenntnisstand die tatsächlichen Ursachen für die konjunkturelle Wende und den anschliessenden Aufschwung gewesen sein dürften. Ein knappes Fazit wird abschliessend in Abschnitt 7 gezogen.

## 2. Die Wirtschaftsentwicklung 1928-1936 im Überblick

Was gemeinhin als Weltwirtschaftskrise bezeichnet wird, war in den meisten Industrienationen ein konjunktureller Abschwung, der allerdings ganz unterschiedlich lang dauerte (besonders kurz in Japan, besonders lang in den USA) und ebenfalls unterschiedlich tief ausfiel. So ging z. B. das *Bruttoinlandsprodukt* während der Krise in Frankreich um 14% (1929-32) zurück, in Deutschland um 16% (1928-32) und in den USA sogar um 29% (1929-33), in England dagegen nur um 6% (1929-31) und in Japan um 7% (1929-30), wie aus Tabelle 1 ablesbar.

Jahr	Deutschland	England	Frankreich	Japan	USA
1928	122	109	126	173	154
1929	121	112	134	179	163
1930	119	111	131	166	148
1931	110	105	123	167	135
1932	102	106	115	181	117
1933	108	109	123	199	115
1934	118	117	122	199	124
1935	127	121	119	205	134
1936	138	127	123	220	153

nach A. Maddison: *Dynamic Forces in Capitalist Development. A Long-Run Comparative View*, Oxford u. New York 1991, S. 212-215.

Noch ausgeprägter waren die Rückgänge der Industrieproduktion: Deutschland verlor bis 1932 gegenüber dem Stand von 1928 bei der gesamten Industrieproduktion 41%, bei der Produktion von Verbrauchsgütern zwar nur 22%, bei der von Produktionsgütern jedoch 54% und bei der von Investitionsgütern sogar 62%.<sup>4</sup> Ursächlich für den dramatischen Rückgang in der Investitionsgüterindustrie waren die Ausfälle bei den Investitionen, die 1932 in der Gesamtwirtschaft um 65% unter dem Niveau von 1928 lagen, in der Industrie sogar um 83%.<sup>5</sup> Von 1930-1932 wurden in grossen Teilen der Industrie nicht einmal die notwendigen Ersatzinvestitionen vorgenommen, d. h., die so genannten Normalabschreibungen übertrafen die investierten Beträge um ein Vielfaches, und die Vorräte wurden extrem abgebaut.

<sup>4</sup> Nach *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, hg. v. E. Wagemann/ Institut für Konjunkturforschung, Berlin 1935, S. 52 f.

<sup>5</sup> Nach *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 61.

Die schlimmste Erscheinungsform der Weltwirtschaftskrise war jedoch bekanntlich die *Arbeitslosigkeit*, vor allem wegen der Dauer des Abschwungs und des Fehlens adäquater staatlicher Unterstützungsleistungen. Einen groben Eindruck von der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in einigen hochindustrialisierten Ländern während der 1920er und 1930er Jahre vermittelt Tabelle 2.

Jahr	Deutschland	England	Frankreich	USA
1925	3,0	7,7	.	3,8
1926	8,0	8,6	1,2	1,9
1927	3,9	6,7	.	3,9
1928	3,8	7,4	.	4,3
1929	5,9	7,2	1,2	3,1
1930	9,5	11,1	.	8,7
1931	13,9	14,8	2,2	15,8
1932	17,2	15,3	.	23,5
1933	14,8	13,9	.	24,7
1934	8,3	11,7	.	21,6
1935	6,5	10,8	.	20,0
1936	4,8	9,2	4,5	16,8
1937	2,7	7,7	.	14,2
1938	1,3	9,2	3,7	18,8

nach Maddison: *Dynamic Forces*, S. 260f.

Bei der in Tabelle 2 vorgenommenen Definition der Arbeitslosenquote (Arbeitslose in v. H. der Erwerbsbevölkerung!) steht Deutschland mit einer relativ niedrigen Arbeitslosenquote vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise gut da, jedenfalls im Vergleich zu England und in den Jahren 1927/28 sogar im Vergleich zu den USA.<sup>6</sup> Allerdings sollte man diese Zahlen nicht überinterpretieren, wie insbesondere die schwer nachvollziehbar guten Werte für Frankreich verdeutlichen. Globale Tendenzen geben sie jedoch einigermaßen zuverlässig wieder. Demnach traf die Krise England und die USA erheblich härter und mit länger andauernden Konsequenzen als Deutschland, deshalb in den USA auch die Bezeichnung als „great depression“.

Problematisch, nämlich mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, sind allerdings auch die in Deutschland seinerzeit ermittelten und veröffentlichten Arbeitslosenzahlen. Bekannt sind die in Tabelle 3 aufgeführten Zahlen der „sichtbaren“ Arbeitslosen. Das sind jedoch nur die bei den Arbeitsämtern gemeldeten. Alle diejenigen, die entweder keinen Anspruch auf eine der drei Arten staatlicher bzw. kommunaler Arbeitslosenunterstützung besaßen oder bereits ausgesteuert waren und/ oder keine Hoffnung auf eine Arbeitsvermittlung mehr hatten, verschwanden aus dem Gesichtsfeld der Arbeitsämter und damit der Arbeitslosenstatistik, sie wurden so genannte „unsichtbare“ Arbeitslose. Man kann sie definieren als „alle *nicht*beschäftigten, *nicht*unterstützten Arbeitnehmer (...), welche *nicht* bei einem Arbeitsnachweis zwecks Arbeitsvermittlung gemeldet sind.“<sup>7</sup> Und da die Zahl der keinerlei Unterstützung

<sup>6</sup> Mißt man dagegen die Arbeitslosenquote in Relation zu den Beschäftigten, wie in Deutschland üblich, so lag die Quote „nur von April 1924 bis Oktober 1925 sowie (...) noch einmal von Juli bis Oktober 1927“ unter 5%. F. Blaich: *Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise*, München 1985, S. 59.

<sup>7</sup> W. Hemmer: *Die ‚unsichtbaren‘ Arbeitslosen. Statistische Methoden – Soziale Tatsachen*, Zeulenroda 1935, S. 6; die kursiven Hervorhebungen im Original.

mehr erhaltenden Erwerbslosen während der Krise ständig stieg, wuchs auch die Zahl der „unsichtbaren“ Arbeitslosen. Vor allem Jugendliche und Frauen gehörten dazu. Z. B. wurden durch die Notverordnung vom 5. 6. 1931 arbeitslose Arbeiterinnen oder weibliche Angestellte, sofern sie verheiratet und nicht „bedürftig“ waren, sowie Jugendliche unter 21 Jahren von der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen. In diesen Gruppen war die „unsichtbare Arbeitslosigkeit“ besonders hoch. So kamen nach einer gut informierten Schätzung „im Winter 1932/33 auf 100 registrierte weibliche Arbeitslose 31 „unsichtbare“, auf 100 gemeldete erwerblose Männer dagegen nur 24 nicht sichtbare.“<sup>8</sup> In Tabelle 3 werden, um ein genaueres Bild der Arbeitslosigkeit zu vermitteln, die Quartalswerte sowohl der „sichtbaren“ als auch die geschätzten Zahlen der „unsichtbaren“ Arbeitslosen ausgewiesen.

Tabelle 3: ‚Sichtbare‘ und ‚unsichtbare‘ Arbeitslose im Deutschen Reich, 1929–1935 (Bestände am Ende des mittleren Monats des jew. Quartals in 1.000)					
Quartal	‚sichtbare‘ Arbeitslose	‚unsichtbare‘ Arbeitslose	Arbeitslose insg.	Arbeitslose inkl. ‚Quasi- Erwerbslose‘	‚unsichtbare‘ Arbeitslose in v. H. aller Arbeitslosen
1/1929	3070	640	3710	.	17
2/1929	1842	440	2282	.	19
3/1929	1360	440	1800	.	24
4/1929	1676	400	2076	.	19
1/1930	3420	500	3920	.	13
2/1930	2940	590	3530	.	17
3/1930	2905	700	3605	.	19
4/1930	3395	720	4115	.	18
1/1931	5122	860	5982	.	14
2/1931	4553	880	5433	.	16
3/1931	4164	970	5134	.	19
4/1931	4813	1130	5943	.	19
1/1932	6289	1330	7619	.	18
2/1932	5966	1490	7456	.	20
3/1932	5584	1580	7164	.	22
4/1932	5274	1430	6704	.	21
1/1933	6281	1500	7781	7892	19
2/1933	5487	1500	6987	7044	24
3/1933	4610	1450	6060	6724	24
4/1933	3892	1280	5172	5946	25
1/1934	3941	1370	5311	6266	26
2/1934	2720	1300	4020	4950	32
3/1934	2489	1280	3769	4481	34
4/1934	2338	1030	3368	4072	31
1/1935	3071	740	3811	4478	19

nach Hemmer: *Die ‚unsichtbaren‘ Arbeitslosen*, S. 184f.

<sup>8</sup> R. Hachtmann: *Arbeitsmarkt und Arbeitszeit in der deutschen Industrie 1929 bis 1939*, in: Archiv für Sozialgeschichte, 27/1987, S. 181. Hachtmann merkt an, dass die Zahl der weiblichen „unsichtbaren“ Arbeitslosen wahrscheinlich noch von Hemmer unterschätzt worden ist, da er diese Erwerbslosigkeit oft als Übergangsphänomen im Hinblick auf ein endgültiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben wegen Heirat betrachtete.

Bezieht man die „unsichtbaren“ Arbeitslosen mit ein und ebenso die „Quasi-Erwerblosen“, also Notstandsarbeiter, Landhelfer, Fürsorgearbeiter oder Arbeitsdienst Leistende,<sup>9</sup> so waren in den ersten drei Quartalen 1932 sowie im ersten Quartal 1933 mehr als 7 Mio. Menschen erwerbslos, die Mehrzahl ohne irgendeine staatliche oder kommunale Hilfe, es sei denn eine tägliche warme Suppe. Um das Ausmass des massenhaften Elends zu verstehen, sei daran erinnert, dass die erst 1927 als Einlösung eines Verfassungsversprechens und sozialpolitische Grossleistung eingeführte Arbeitslosenversicherung während der Weltwirtschaftskrise praktisch zusammenbrach; sie wurde nicht, wie verschiedentlich gefordert, reformiert, sondern bis Ende 1932 fortgesetzt demontiert, was vor allem bedeutete: immer weitere Einengung des Kreises der Unterstützungsberechtigten und extreme Kürzung der Leistungen.<sup>10</sup> War es schon mit der Notverordnung v. 26. 7. 1930 in der Arbeitslosenversicherung zu einer Ausdehnung der Wartezeiten und der Sperrfristen sowie einer Minderung der Unterstützungssätze gekommen, so brachte die Notverordnung v. 5. 6. 1931 „drastische Kürzungen im Leistungsrecht:

- allgemeine Kürzung der Unterstützungssätze um 5% des Einheitslohnes (das bedeutete eine Senkung der Unterstützungssätze zwischen 6,3 und 14,3%);
- Kürzung der Unterstützungsdauer für Saisonarbeiter auf 20 Wochen, wobei nurmehr die Sätze der Krisenunterstützung gezahlt wurden;
- Verschärfung der Pflicht zur Arbeitsaufnahme;
- Gewährung von Unterstützung an Ehefrauen nur bei Bedürftigkeit.“<sup>11</sup>

Die Notverordnung v. 1. 10. 1931 verkürzte die Höchstbezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung generell auf 20 Wochen, bei so genannten berufstätigen Arbeitslosen (Saisonarbeitskräfte) auf 16 Wochen, dafür wurde die Bezugsdauer der anschliessenden, anteilig von den Gemeinden finanzierten Krisenfürsorge von 32 auf 38 Wochen verlängert. D. h. jedoch, nach spätestens 58 Wochen fiel der Erwerbslose ganz der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge anheim. Eventuell aber schon früher, denn die Notverordnung v. 14. 6. 1932 verminderte den Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung auf 6 Wochen, danach musste eine Bedürftigkeitsprüfung stattfinden. Zugleich erfolgte eine „Kürzung der Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung um durchschnittlich 23%, in der Krisenfürsorge um 10% und in der gemeindlichen Wohlfahrtspflege um 15%.“<sup>12</sup>

Im Januar 1931 erhielten noch 2,6 Mio. Erwerbslose die Versicherungsleistung Arbeitslosenunterstützung und nur 0,8 Mio. Leistungen der Wohlfahrtsfürsorge. Bis Januar 1933 hatte sich das Verhältnis verkehrt: noch gerade 0,9 Mio. Erwerbslose erhielten (und das nur maximal 20 Wochen lang) Arbeitslosenunterstützung, 2,5 Mio. dagegen Leistungen der Wohlfahrtsfürsorge. Demnach war ein steigender Anteil der Erwerbslosen auf die Wohlfahrtsfürsorge angewiesen (1930 = 16%, Juni 1932 = 40%), deren Hauptklientel von der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerte Erwerbslose oder solche ohne erfüllte Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung wurden. Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise verwies man also die Arbeitslosen zunehmend auf nachgelagerte Unterstützungssysteme, besonders auf die kommunale Wohlfahrtsfürsorge, deren Leistungen jedoch aus Finanzmangel der Gemeinden ebenfalls immer weiter reduziert werden mussten. Das geradezu perverse Ergebnis dieser Entwicklung bestand darin, dass der Träger der Arbeitslosenversicherung, die Reichsanstalt, im Jahre 1932, dem Jahr der grössten Arbeitslosigkeit, sogar Haushaltsüberschüsse erzielte.<sup>13</sup> Ausserdem ist fest-

<sup>9</sup> Vgl. dazu die Statistik bei Hemmer: *Die ‚unsichtbaren‘ Arbeitslosen*, S. 189.

<sup>10</sup> Vgl. als Überblick V. Hentschel: *Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880-1980. Soziale Sicherung und kollektives Arbeitsrecht*, Frankfurt/ M. 1983, S. 111-118, 131-133; C. Sachße u. F. Tennstedt: *Der Wohlfahrtsstaat im Nationalsozialismus*, Stuttgart 1992 (= Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 3), besonders S. 58-68.

<sup>11</sup> J. Frerich u. M. Frey: *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 1, München u. Wien 1993, S. 203.

<sup>12</sup> Frerich u. Frey: *Handbuch*, Bd. 1, S. 204.

<sup>13</sup> Vgl. Frerich u. Frey: *Handbuch*, Bd. 1, S. 204.

zuhalten, dass von den im Januar 1933 registrierten rd. 6 Mio. Erwerbslosen mind. 2 Mio. gar keine staatlichen bzw. kommunalen Unterstützungsleistungen erhielten. Dass das Massenelend in Deutschland allerdings höchst unterschiedlich verteilt war, dass vor allem stark industrialisierte Grossstädte und die schwerindustriell geprägten Regionen (besonders Berlin, Sachsen, das Ruhrgebiet) stärker betroffen waren als die ländlichen oder auch der Südwesten, kann hier nur am Rande erwähnt werden.<sup>14</sup>

### 3. Die Bestimmung des unteren konjunkturellen Wendepunkts

Als Wendepunkte werden in der Konjunkturanalyse die jeweiligen relativen Maxima und Minima eines Konjunkturzyklus bezeichnet. Um einen Wendepunkt bestimmen zu können, benutzt man eine Auswahl von Zeitreihen wirtschaftlicher Variabler, die das Konjunkturgeschehen zuverlässig abzubilden vermögen, so genannte Konjunkturindikatoren. Die 2-3 angrenzenden Werte des jeweils betrachteten Konjunkturindikators sind vor und nach einem relativen Maximum kleiner, vor und nach einem relativen Minimum grösser als der als Wendepunkt erkannte Wert. In der Diskussion um die Terminierung des Endes der Weltwirtschaftskrise wird erst neuerdings genauer auf Konjunkturindikatoren geschaut.<sup>15</sup> Bis dahin war man meist völlig auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit fixiert; erst eine nennenswerte Verringerung der Arbeitslosigkeit wurde als konjunkturelle Wende begriffen. Das ist zwar aus einer sozialen Perspektive angesichts des Massenelends verständlich, und das NS-Regime legte im Hinblick auf die erforderliche Systemstabilisierung und die Gewinnung bzw. Sicherung von Massenloyalität ebenfalls grosses Gewicht auf spürbare Senkungen der Arbeitslosigkeit.

Aus dem Blickwinkel der Konjunkturforschung ist das jedoch keineswegs sinnvoll. Sie unterscheidet Indikatoren danach, ob sie typischerweise mit der durchschnittlichen Konjunkturbeziehung gleichlaufen (coincident indicators), ihr vorauslaufen (leading indicators) oder nachhinken (lagging indicators).<sup>16</sup> Die vorauslaufenden Zeitreihen gelten als Frühindikatoren der Konjunktur, die nachhinkenden als Spätindikatoren. Die Arbeitslosigkeit ist eindeutig ein Spätindikator, der einem eingetretenen konjunkturellen Umschwung erst mehr oder weniger spät folgt. Dies aus leicht nachvollziehbaren Gründen, denn in jedem Konjunkturabschwung werden nach und nach immer grössere Teile der verfügbaren wirtschaftlichen Kapazitäten, unter den Bedingungen einer hochindustrialisierten Volkswirtschaft besonders des Kapitalstocks (oder Anlagekapitals), nicht mehr voll ausgenutzt. Bei den Arbeitskräften zeigt sich dies Phänomen in zunehmender Kurzarbeit. Mit beginnendem Konjunkturaufschwung werden zunächst die vorhandenen Arbeitskräfte allmählich wieder zur Normalarbeitszeit zurückkehren und die Unternehmen werden versuchen, die brachliegenden maschinellen Kapazitäten nach und nach mit diesen Arbeitskräften besser auszulasten, ehe zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt werden.<sup>17</sup> So berichtet z. B. das Institut für Konjunkturforschung in seinem Konjunkturüberblick zur Jahreswende 1932/33: „Die Beschäftigung in der *Eisen- und Stahlwarenindustrie* hat, nach dem Rückgang im August und September, in den letzten Monaten zuge-

<sup>14</sup> Vgl. dazu vor allem Hachtmann: *Arbeitsmarkt*, S. 185-189; auch Blauch: *Der Schwarze Freitag*, S. 61 ff.

<sup>15</sup> Vgl. Buchheim: *Die Erholung*, S. 14-17.

<sup>16</sup> Vgl. dazu einige als „klassisch“ zu bezeichnende Arbeiten in *Business Cycle Indicators*, hg. v. G. H. Moore, Bd. 1, Princeton 1961; anhand historischer Daten aus Deutschland R. Spree: *Die Wachstumszyklen der deutschen Wirtschaft von 1840 bis 1880*, Berlin 1977, S. 77-84; knapp zum gegenwärtigen Stand der Diskussion K.-H. Oppenländer: *Eigenschaften und Einteilung von Konjunkturindikatoren*, in: *Konjunkturindikatoren. Fakten, Analysen, Verwendung*, hg. v. K.-H. Oppenländer, München u. Wien 1995, S. 23-29.

<sup>17</sup> Dies Phänomen ist seit langem bekannt, wird allerdings in der historischen Forschung zum Ende der Weltwirtschaftskrise nicht ausreichend berücksichtigt.



nommen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter hielt sich gegen Ende des Jahres auf dem Stand vom Januar 1932; dagegen hat sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden beträchtlich erhöht.<sup>18</sup> Je stärker mechanisiert die Produktion ist, desto später werden also bei anziehender Konjunktur und gesteigerter Produktion in nennenswertem Umfang bisher Arbeitslose wieder in die Produktion integriert. Hinzu kommt, dass sich auch nach Erreichen des unteren Wendepunkts noch Unternehmenszusammenbrüche und Geschäftsaufgaben ereignen, also Arbeitskräfte freigesetzt werden. Insofern ist vor allem die Arbeitslosigkeit im industriell-gewerblichen Sektor und im Bereich der gewerblichen Dienstleistungen ein Spätindikator, weniger vermutlich in der Landwirtschaft, wo sie eher parallel mit ansteigender Produktion zurückgehen wird.<sup>19</sup>

Dass während der Weltwirtschaftskrise in Deutschland vor allem im gewerblichen Sektor in erheblichem Umfang eine ständig zunehmende Unterauslastung der vorhandenen Kapazitäten an Maschinen und Anlagen sowie an Arbeitskräften stattgefunden hat, liegt auf der Hand. Leider sind keine Schätzungen für den Auslastungsgrad des Kapitalstocks verfügbar. Allerdings können die Zahlen des Produktionsrückgangs im Gewerbe einen gewissen Eindruck von der entstandenen Unterauslastung vermitteln, wenn man bedenkt, dass, wie oben dargestellt, 1932 die gewerbliche Gütererzeugung insgesamt nur noch 59% des Niveaus von 1928 erreichte, die gesamte Produktionsgütererzeugung nur noch 46% und die der wichtigen Untergruppe Investitionsgütererzeugung sogar nur 35%. Zwar gingen im Gewerbe während dieser Zeit viele Unternehmen bankrott, andere wurden ganz oder teilweise stillgelegt. Aber ein grosser Teil existierte weiter, lastete jedoch nur einen geringen Teil der vorhandenen Kapazitäten aus. Eine erhebliche Mehrauslastung bei anziehender Konjunktur ohne die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte war vor allem deshalb möglich, weil auch die Beschäftigten unterausgelastet waren, indem sie Kurzarbeit leisteten. „Zwischen 1929 und 1932 hatte sich nach der Statistik der Gewerkschaften die Zahl der Kurzarbeiter im industriellen Durchschnitt mehr als verdreifacht. Auf dem Tiefpunkt der Krise musste ungefähr jedes fünfte, zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtergreifung sogar jedes vierte Gewerkschaftsmitglied kurzarbeiten. In wichtigen Zweigen der Konsumgüter- wie der Produktionsgüterindustrie lag dieser Prozentsatz noch weitaus höher.“<sup>20</sup> Die Unternehmen wollten einen Stamm bewährter Facharbeiter über die Krise retten. „Wirklich vollbeschäftigt waren (...) um die Jahreswende 1932/33 nur jeder dritte, in der Metallindustrie jeder vierte und im Baugewerbe gerade jeder zehnte Arbeitnehmer.“<sup>21</sup> Annäherungswerte finden sich auch in den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung, das die „Zahl der beschäftigten Arbeiter in v. H. der Arbeitsplatzkapazität“ ausdrückte. Die Werte, die im 3. Quartal 1928 in der Produktionsgüterindustrie bei rd. 75,8% und in der Verbrauchsgüterindustrie bei 72,7% lagen, hatten sich in der Produktionsgüterindustrie bis ins 1. Quartal 1932 auf den Tiefststand von 34% und in der Verbrauchsgüterindustrie bis ins 3. Quartal 1932 auf den Tiefststand von 48,1% verringert.<sup>22</sup> Es bestanden demnach beachtliche Kapazitätsreserven auch bei den beschäftigten Arbeitskräften, die zunächst bei anziehender Konjunktur stärker ausgelastet werden konnten, ehe zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt zu werden brauchten. Um den konjunkturellen Wendepunkt und damit das Ende der Weltwirtschaftskrise zu bestimmen, muss sich der Blick demnach auf

<sup>18</sup> *Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung*, hg. v. Institut für Konjunkturforschung, 7/ 1932, H. 4, Teil B, Berlin 1933, S. 221.

<sup>19</sup> Es ist deshalb einigermaßen unerfindlich, warum Buchheim bei der Diskussion der Indikatoreigenschaften der Arbeitslosigkeit in Bezug auf das Ende der Weltwirtschaftskrise eine verschwommene Position einnimmt, indem er zwar ausschließt, dass Arbeitslosigkeit ein Frühindikator sei, sie jedoch für einen Indikator der durchschnittlichen Konjunkturbewegung hält, wenn er Produktion und Beschäftigung als parallelisiert ansieht. Vgl. Buchheim: *Die Erholung*, S. 14 f.

<sup>20</sup> Hachtmann: *Arbeitsmarkt*, S. 184.

<sup>21</sup> Hachtmann: *Arbeitsmarkt*, S. 185.

<sup>22</sup> Vgl. *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 18.

frühe und gleichlaufende Indikatoren (also solche der durchschnittlichen Konjunkturbewegung) richten, nicht auf den nachlaufenden Indikator Arbeitslosigkeit.

Nun könnte man meinen, über den unteren konjunkturellen Wendepunkt während der frühen 1930er Jahre bestünde in der einschlägigen Literatur Einigkeit. Immer wieder kann man lesen, dass 1932 die Talsohle durchschritten wurde. Das lässt sich an leicht verfügbaren Indikatoren der durchschnittlichen Konjunkturentwicklung wie den Jahreswerten des Sozialprodukts oder der gewerblichen Güterproduktion, ja sogar an den jahresdurchschnittlichen Beschäftigten- bzw. Arbeitslosenzahlen ablesen: sie alle hatten 1932 ihren Tiefstand und erreichten 1933 wieder ein höheres Niveau. „Jedoch scheiden sich die Geister an der Frage, ob der Krisentiefpunkt gleichzeitig der Krisenwendepunkte gewesen sei.“<sup>23</sup> Abelshäuser hat diese Frage eindeutig beantwortet: Die Talfahrt war zwar beendet, doch stabilisierte sich die Krise auf dem Tiefpunkt. „Eine Trendwende oder gar ein Ende der Depression waren noch nicht in Sicht.“<sup>24</sup> Für ihn wie für viele ältere Autoren und nicht zuletzt für das Gros der Zeitgenossen begann der Aufschwung erst mit der NS-Beschäftigungspolitik. Um hier Klarheit zu gewinnen sind in grösserem Umfang als bisher üblich Konjunkturindikatoren zu inspizieren, und das nach Möglichkeit auf der Basis von *Quartals-* wenn nicht sogar *Monatsdaten*.

Zunächst seien einige *gleichlaufende Indikatoren* betrachtet, die also nach gängiger Auffassung die durchschnittliche Konjunktur abbilden. Hier zeigt sich, dass sowohl das *Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen* wie das *verfügbare Einkommen der privaten Haushalte* den unteren Wendepunkt im 3. Quartal 1932 erreicht hatten, d. h., vom 4. Quartal an wieder höhere Werte aufwiesen.<sup>25</sup> Das gilt ebenfalls für die *gesamte gewerbliche Güterproduktion* in saisonbereinigter Form,<sup>26</sup> sowie für die schon zitierte *Auslastung der Arbeitsplatzkapazität* in den Verbrauchsgüterindustrien. Geht man auf die Monatsdaten ein, verdeutlicht sich das Bild. Demnach hatte zwar die *Produktion von Verbrauchsgütern des starren Bedarfs*, die eng an die Beschäftigung und die Verbrauchsausgaben der Haushalte gekoppelt ist, erst im November 1932 den Tiefpunkt erreicht, *Verbrauchsgüter des elastischen Bedarfs* jedoch schon im Juli 1932.<sup>27</sup> Das deckt sich mit dem Anstieg der *Beschäftigung* von Februar bis Oktober 1932 um rd. 1,2 Mio. Menschen<sup>28</sup> und der Zunahme der *geleisteten täglichen Arbeitszeit der Industriearbeiter*, die sich von ihrem Tiefststand im Januar 1932 mit durchschnittlich nur noch 6,51 Stunden pro Arbeitstag und Beschäftigten auf 7,23 Stunden im November 1932<sup>29</sup> erhöht hatte. Zwar gingen sowohl die Beschäftigung wie die geleisteten Arbeitsstunden im Winter 1932/33 noch einmal zurück und überschritten die schon im Herbst 1932 erreichten Werte erst wieder ab April 1933. Das kann jedoch im Wesentlichen als Saisonphänomen gelten und stellt insofern die Annahme, dass die zyklische Wende spätestens im Sommer/ Frühherbst 1932 erreicht war, nicht in Frage. Dafür spricht allein schon, dass die genannten Sparten der Produktion auch im Winter 1932/33 weiter zulegen.

<sup>23</sup> Buchheim: *Die Erholung*, S. 13.

<sup>24</sup> Abelshäuser: *Kriegswirtschaft*, S. 505. Abelshäusers Sicht wird u. a. auch von Volkmann gestützt, der in Bezug auf die Entwicklung im Jahre 1932 argumentiert: „Ein begrenzter Aufschwung ist nicht zu leugnen. (...) Ein Durchbruch ließ sich allerdings nicht verzeichnen“, wobei er, wie viele andere, diese pessimistische Einschätzung ganz an der Zahl der Arbeitslosen festmacht, d. h., deren der Konjunktur nachhinkenden Charakter ignoriert. H.-E. Volkmann: *Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges*, in: W. Deist: *Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges*, TB-Ausgabe, Frankfurt/ M. 1989, S. 216.

<sup>25</sup> Vgl. A. Ritschl: *Deutschlands Krise und Konjunktur 1924-1934. Binnenkonjunktur, Auslandsverschuldung und Reparationsproblem zwischen Dawes-Plan und Transfersperre*, Berlin 2002, Tabelle C.2 im Anhang.

<sup>26</sup> Vgl. *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 52.

<sup>27</sup> Vgl. *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 53.

<sup>28</sup> Vgl. *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 12.

<sup>29</sup> Vgl. *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 32.

Dass es sich bei dieser Feststellung nicht um eine Überinterpretation handelt, kann von zwei Seiten her bekräftigt werden. Zum einen weisen zahlreiche zuverlässige *Frühindikatoren* darauf hin, dass sich diese Entwicklung schon seit Beginn des Jahres 1932 abgezeichnet hat. Demnach erreichten den unteren Wendepunkt bereits im Januar 1932

- der *industrielle Auftragseingang* insgesamt<sup>30</sup>
- die *Aktienkurse*<sup>31</sup>
- die *Inlandsaufträge der Maschinenbau-Industrie*<sup>32</sup>
- die *Verzinsung des Anlagekapitals industrieller Aktiengesellschaften (Profitraten)*<sup>33</sup>

Der Wiederanstieg dieser Indikatoren wurde zwar oft nur in bescheidenem Umfang von einer deutlichen Zunahme der Geschäftsaktivitäten, besonders der Produktion, im Laufe des Jahres 1932 begleitet. Er zeigt jedoch zweierlei an: eine spürbare Verbesserung der Lageeinschätzung bzw. eine Zunahme zumindest gedämpft optimistischer Erwartungen (dafür stehen vor allem die Aktienkurse und die Profitraten), andererseits den Willen zur Überwindung der Abwärtsspirale, die sich nicht zuletzt in unterlassenen Ersatzinvestitionen niedergeschlagen hatte (dafür stehen die Indikatoren des Auftragseingangs, besonders beim Maschinenbau).

Diese Sicht lässt sich weiterhin stützen dadurch, dass erstaunlicherweise auch einige im Prinzip gleichlaufende Indikatoren wie die *Produktion wichtiger kartellierter Grundstoffindustrien*<sup>34</sup> sowie die von *Produktionsgütern* (hier insbesondere von Investitionsgütern)<sup>35</sup> oder auch die *Einnahmen der Reichsbahn* aus dem Güterverkehr und dessen Leistung in Tonnen bzw. Tonnenkilometern<sup>36</sup> ebenfalls im Januar 1932 den unteren Wendepunkt besaßen. Dieser Befund widerspricht eindeutig der Aussage von Abelshäuser, in der Analyse der Konjunkturindikatoren finde sich „jedenfalls kein Beleg für die These, zum Zeitpunkt der >Machtergreifung< sei die Krise im Grunde bereits überwunden gewesen, so dass der Aufschwung auch ohne die konjunkturpolitischen Massnahmen des NS-Regimes gekommen wäre.“<sup>37</sup>

Wie oben bereits angedeutet, kann die erheblich optimistischere Interpretation der Indikatorentwicklung während des Jahres 1932 auch noch von einer anderen Seite her gestützt wer-

<sup>30</sup> Vgl. O. Donner: *Die Kursbildung am Aktienmarkt. Grundlagen zur Konjunkturbeobachtung an den Effektenmärkten*, Berlin 1934 (Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, hg. v. Institut für Konjunkturforschung, Sonderheft 36), S. 11.

<sup>31</sup> Vgl. *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 115. Diese Feststellung ist erläuterungsbedürftig: Die Börsen waren vom 13. 7. 1931 bis zum 12. 4. 1932 (mit kurzer Unterbrechung im September 1931) geschlossen, die offiziellen Aktienkurs-Notierungen also ausgesetzt worden. Vgl. besonders J. Beer: *Der Funktionswandel der deutschen Wertpapierbörsen in der Zwischenkriegszeit (1924-1939)*, Frankfurt/ M. usw. 1999, S. 270 u. 276 f. Erst seit April 1932 liegen wieder amtliche Notierungen vor. Die Kurse zeigten seitdem trotz der politischen Unsicherheitsfaktoren eine „festere Tendenz“ [ Beer: *Funktionswandel*, S. 277]. Dennoch darf das nicht offiziell notierte Aktienkurs-Tief im Januar 1932 angesetzt werden, wobei man sich für dies Urteil auf die durchschnittlichen Aktienkurse im außerbörslichen Telefon- und Freiverkehr stützen kann. Vgl. Beer: *Funktionswandel*, S. 346, Tab. II-4B. Dieselbe Information (ohne Erläuterung) in der Graphik bei Donner: *Kursbildung*, S. 11.

<sup>32</sup> Vgl. *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 62.

<sup>33</sup> Vgl. M. Spoerer: *Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925-1941*, Stuttgart 1996, S. 147 u. 178 f.; hier muß präzisiert werden: Im Durchschnitt der Industrie-AGs war die Rentabilität auch 1932 noch negativ (-3,25%), doch schon in erheblich geringerem Umfang als 1931 (-7,49%). In einigen Branchen (im Bergbau, in der Chemie, in der Leder- sowie in der Nahrungs- u. Genussmittelindustrie) war sie aber 1932 bereits wieder positiv.

<sup>34</sup> Vgl. R. Wagenführ: *Die Bewegung des industriellen Preisspiegels und die Industrieproduktion*, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 12/ 1937/38, H. 1, N. F., S. 60.

<sup>35</sup> Vgl. *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 52.

<sup>36</sup> Vgl. *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 64 u. 66 f.

<sup>37</sup> Abelshäuser: *Kriegswirtschaft*, S. 505. Ganz im Sinne der hier vertretenen These auch schon J. Stelzner: *Arbeitsbeschaffung und die Wiederaufrüstung 1933-1936. Nationalsozialistische Beschäftigungspolitik und Aufbau der Wehr- und Rüstungswirtschaft*. Diss. Tübingen 1976, besonders S. 114 ff.

den. Es fragt sich ja, ob die zitierten Wendepunkte der Konjunktur möglicherweise von den Zeitgenossen gar nicht wahrgenommen wurden, insofern einen analytisch zwar zutreffenden, aber für die zeitgenössische Realität bedeutungslosen Befund darstellen. Einen ersten Anhaltspunkt liefert die Anfang Februar 1933 veröffentlichte Meinung des Wirtschaftsexperten Bandmann, der in einer Analyse des Arbeitsmarkts um die Wende von 1932 zu 1933 feststellte: in der Rückschau werde man später einmal das Jahr 1932 „als das Jahr der entscheidenden Wendung zum Besseren bezeichnen.“<sup>38</sup> Allerdings sei „die Tatsache der Stabilisierung des Arbeitsmarktes im wesentlichen noch ein >Geheimgut der Forschung<“. Die These habe sich als richtig erwiesen, „dass durch das allmähliche Wiedererwachen der Unternehmungslust die Nachfrage nach Arbeitskräften wieder eintreten würde.“<sup>39</sup> Ein „Geheimgut der Forschung“ war die Möglichkeit dieser Einsicht jedoch nicht. Offenbar bemerkten die professionellen Konjunkturbeobachter den Umschwung schon relativ früh und publizierten diese Wahrnehmung auch. Man kann z. B. die Lageberichte in den *Vierteljahrsheften für Konjunkturforschung* nicht im eigentlichen Sinne als der Öffentlichkeit mehr oder weniger entzogene Forschungsergebnisse bezeichnen. Im Gegenteil dürften sie zumindest von Journalisten und Politikern zur Kenntnis genommen und einer breiteren Öffentlichkeit mitgeteilt worden sein. Doch verweist schon Bandmann darauf, dass die Öffentlichkeit sich schwer tue, diese Informationen angemessen zu kommunizieren. „Es kommt hinzu, dass nicht alle Glieder, insbesondere nicht die nachgeordneten Instanzen, der zuständigen Reichsarbeitsverwaltung willens und erkenntnismässig in der Lage waren, diese Besserungssymptome richtig zu würdigen.“<sup>40</sup>

Was konnte man diesen Lageberichten im Jahre 1932 und zu Beginn des Jahres 1933 entnehmen? Der im August 1932 abgeschlossene Bericht weist einen fast durchgängig negativen Tenor auf.<sup>41</sup> Zwar habe sich die Geschäftstätigkeit der Produktionsgüterindustrie leicht belebt, aber die der Verbrauchsgüterindustrie weiter verschlechtert. Einzig aus der NE-Metallindustrie und aus dem Maschinenbau liegen Informationen vor, die eine Beendigung des Abschwungs möglich erscheinen lassen. Da aber bisher leichte Belebungen, wie in der Produktionsgüterindustrie, im Steinkohlenbergbau, in der eisenschaffenden Industrie, in der KFZ-Produktion oder beim Güterverkehr, stets vorübergehender Natur waren, dominiert die pessimistische Einschätzung. Das änderte sich jedoch im nächsten Quartal. Der im November 1932 abgeschlossene Bericht meldet für eine ganze Reihe von Branchen positive Ergebnisse, besonders aus dem Bereich der Produktionsgüterindustrie, teilweise auch aus den Verbrauchsgüterindustrien.<sup>42</sup> Die Lage gebessert hat sich im Steinkohlenbergbau, in der NE-Metallindustrie, in der Elektroindustrie, beim Bau, aber auch in der Textil- und in der Leder- bzw. Lederwarenindustrie sowie im Güterverkehr. Besonders hervorzuheben sind die Aussagen zur *eisenschaffenden Industrie*, deren Geschäftsbelebung ausdrücklich so kommentiert wird: „Im Inlandsgeschäft dürfte damit der tiefste Punkt des gegenwärtigen Konjunkturabschwungs annähernd erreicht sein.“<sup>43</sup> Auch die Bemerkung zum Maschinenbau deutet das Bewusstsein einer nahen oder sogar schon vollzogenen Wende an: „In der *Maschinenindustrie* haben die Stabilisierungstendenzen, deren Dauerhaftigkeit vor einem Vierteljahr noch nicht als unbedingt gesichert gelten konnte, an Bedeutung gewonnen. In erster Linie hat sich

<sup>38</sup> E. Bandmann: *Der Arbeitsmarkt an der Jahreswende*, in: Wirtschaftsdienst, 18/ 1933, H. 5, S. 135.

<sup>39</sup> Bandmann: *Der Arbeitsmarkt*, S. 138.

<sup>40</sup> Bandmann: *Der Arbeitsmarkt*, S. 135.

<sup>41</sup> Vgl. *Die Konjunktur einzelner Wirtschaftszweige. Allgemeiner Überblick*, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 7/ 1932, H. 2, Teil B, S. 74 f.

<sup>42</sup> Vgl. *Die Konjunktur einzelner Wirtschaftszweige. Allgemeiner Überblick*, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 7/ 1932, H. 3, Teil B, S. 146 f.

<sup>43</sup> Vgl. *Die Konjunktur einzelner Wirtschaftszweige. Allgemeiner Überblick*, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 7/ 1932, H. 3, Teil B, S. 146. Hervorhebungen im Original.

die Geschäftstätigkeit am inländischen Maschinenmarkt belebt; dagegen ist die Maschinen-  
ausfuhr noch abwärts gerichtet.“<sup>44</sup>

An dieser Stelle wie auch anderswo wird deutlich, dass die Auftriebstendenzen aus dem In-  
land kamen, während die Weltmarkimpulse noch ausblieben. Im übrigen zeigte sich auch in  
der *Elektroindustrie* das schon oben zitierte Phänomen, dass sich die Beschäftigtenzahlen mit  
der bis November 1932 stattgefundenen Geschäftsbelebung nur geringfügig erhöhten (+4%),  
wohl dagegen die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden (+15%).<sup>45</sup> Die Konjunkturbelebung  
setzte sich offensichtlich bis in den Winter 1932/33 fort, denn der Lagebericht zum letzten  
Quartal 1932 (abgeschlossen im Februar 1933) meldet zwar für mehrere Branchen Stagnation,  
jedoch kaum noch Rückgänge, dagegen aus vielen Bereichen eine Fortsetzung des Aufwärts-  
trends, besonders aus der Produktionsgüterindustrie. Die Gesamtwertung wäre im Hinblick  
auf die Entwicklungen im Sommer und Herbst 1932 zweifellos noch optimistischer ausgefal-  
len, hätte es nicht im Dezember und Januar 1932/33 wieder einige, wenn auch saisonbedingte  
Rückschläge gegeben. Es überwiegt jedoch eindeutig das im Grundtenor positive Urteil, das  
eben nicht im eigentlichen Sinne ein „Geheimgut der Forschung“ (Bandmann) gewesen ist.

In diese Richtung argumentierte auch bereits 1936 der informierte Zeitgenosse Priester: Es  
wäre falsch, angesichts der Millionen von Erwerbslosen „den ökonomischen Erfolg der Defla-  
tionspolitik zu leugnen. Die Krise hatte Mitte 1932 ihren Höhepunkt überschritten. (...) Der  
psychologische Krisentiefpunkt war nunmehr überschritten. Aber auch in der materiellen La-  
ge war deutlich der Beginn einer neuen Wirtschaftsphase nachzuweisen.“<sup>46</sup> Nun gut: Die  
Masse der Bevölkerung wird die Signale nicht bemerkt haben, da sie typischerweise nicht nur  
weniger informiert ist, sondern auch auf ganz andere Indikatoren schaut, als das hier ge-  
schieht, vor allem auf die Beschäftigungssituation, an der sich eben wenig gebessert hatte.  
Wenn demnach die gelegentlich in der historischen Literatur vorgebrachten Zweifel an dem  
1932 stattgefundenen konjunkturellen Umschwung auch als unberechtigt gelten können, stellt  
sich nunmehr um so dringlicher die Frage: was bewirkte den Umschwung und den anschlies-  
senden Aufstieg?

#### 4. Beschäftigungspolitische Eingriffe im Jahre 1932

Zur Beantwortung dieser Frage, sind die im Jahre 1932 erfolgten beschäftigungspolitischen  
Eingriffe nicht zu vernachlässigen. Derartige Massnahmen waren ja bereits seit 1930 disku-  
tiert, jedoch nicht umgesetzt worden, da es zur Politik der Deflation und des Budgetausgleichs  
bis zum Frühsommer 1932 keine praktikable, mit den politischen und wirtschaftlichen Rah-  
menbedingungen verträgliche Alternative gab.<sup>47</sup> Die *Lausanner Reparations-Konferenz* im  
Juni 1932 brachte jedoch den Verzicht der Alliierten auf weitere Reparationszahlungen, hob  
somit den Young-Plan mit seinen problematischen Sanktionsklauseln für den Fall vertrags-  
widrigen Handelns auf deutscher Seite auf und veränderte entscheidend die Rahmenbedin-

<sup>44</sup> Vgl. *Die Konjunktur einzelner Wirtschaftszweige. Allgemeiner Überblick*, in: Vierteljahrshefte zur Konjunktur-  
forschung, 7/ 1932, H. 3, Teil B, S. 146 f. Hervorhebungen im Original.

<sup>45</sup> Vgl. *Die Konjunktur einzelner Wirtschaftszweige. Allgemeiner Überblick*, in: Vierteljahrshefte zur Konjunktur-  
forschung, 7/ 1932, H. 3, Teil B, S. 147.

<sup>46</sup> H. E. Priester: *Das deutsche Wirtschaftswunder*, Amsterdam 1936, S. 23. Eine ganz ähnlicher Einschätzung  
bei L. Grebler: *Die deutsche Arbeitsbeschaffung 1932-35 (I)*, in: Internationale Rundschau der Arbeit, 15/ 1937,  
Bd. 1, S. 417.

<sup>47</sup> Vgl. die Zusammenfassung der Diskussion bei Ritschl: *Deutschlands Krise*, S. 24 ff. u. 158-176. Ähnlich  
argumentiert R. J. Overy: *The Nazi Economic Recovery 1932-1938*, 2. Aufl., Cambridge 1996, S. 15-21.

gungen der Wirtschaftspolitik.<sup>48</sup> Die Regierung Papen nutzte die Möglichkeit zu expansiver Wirtschaftspolitik mit der schon unter Brüning, allerdings in etwas anderer Form geplanten Aktion, ein Finanzmarktpapier ohne zugrunde liegendes Warengeschäft durch Ausgabe von *Steurgutscheinen* zu schaffen.<sup>49</sup> Vom 4. 9. 1932 an wurden derartige Steurgutscheine mit einem geplanten Volumen von insgesamt 288 Mio. RM vor allem an Unternehmen ausgegeben, die unterhalb des Mindestlohns zusätzliche Arbeitskräfte einstellten. Die Gutscheine sollten Liquidität in den Unternehmen schaffen und können als Versuch *mittelbarer AB* angesehen werden.<sup>50</sup> „Die Wirkungen auf den Arbeitsmarkt blieben gering“<sup>51</sup>, zumal bis Ende 1932 nur 154 Mio. RM wirksam wurden. Im April 1933 wurde „die Ausgabe von Steurgutscheinen als Einstellungsprämien (...) aufgehoben, so dass von da ab nur noch die Vergebung von Steurgutscheinen zur Steuerzahlung und zur >Deckung< der Finanzierung öffentlicher Arbeiten stattfand.“<sup>52</sup> Im übrigen stellte Papens Programm einen kleinen Betrag dar im Vergleich zu den „*Osthilfen*“, die von 1929-32 auf rd. 2 Mrd. RM gestiegen waren - ohne Beschäftigungswirkungen entfaltet zu haben.<sup>53</sup>

Die Wende zur *unmittelbaren AB* kam mit dem „*Sofort-Programm*“ Schleichers, das öffentliche Aufträge, vor allem auf kommunaler Ebene, im Umfang von 500 Mio. RM vorsah. Da es jedoch erst am 28. 1. 1933 verordnet wurde, konnte es vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten keine Wirkung mehr entfalten.

## 5. NS-Arbeitsbeschaffungspolitik 1933-1936

Zweifellos war 1932/33 die Senkung der Arbeitslosigkeit für alle Regierungen eine unabdingbare Notwendigkeit, um politisch überleben zu können. Einer wirksamen AB fühlten sich die Nationalsozialisten nach der Machtübernahme um so mehr verpflichtet, als sie bereits im Wahlkampf 1932 mit der von Gregor Strasser am 10. 5. 1932 im Reichstag verkündeten Parole „Arbeit und Brot“ angetreten waren. Das „Wirtschaftliche Sofortprogramm der N.S.D.A.P.“, ausgearbeitet von der Hauptabteilung IV (Wirtschaft) der Reichsorganisationsleitung und als „verbindliche Richtschnur für die Redner der N.S.D.A.P. sowie für die Veröffentlichungen in der Presse“<sup>54</sup> deklariert, gilt vielen Historikern als das seinerzeit einzige realistische Arbeitsbeschaffungsprogramm einer Partei.<sup>55</sup> Seine zentrale Forderung lautete: „Das schaffende Volk fordert sein Lebensrecht, das Recht auf Arbeit.“<sup>56</sup> Dies keineswegs nur aus taktischen Überlegungen im Hinblick auf die gegebenen konkreten Probleme, sondern aus

<sup>48</sup> Dies ist die bis vor einigen Jahren heftig diskutierte These Knut Borchardts von der Chance zu expansiver Konjunkturpolitik seit Mitte 1932 aufgrund des Wegfalls der Zwangslagen, die Brünings Politik bestimmt hatten. Vgl. K. Borchardt: *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes*, in: Bayerische Akademie der Wissenschaften: Jahrbuch 1979, München 1979, S. 12 u. 23 (Nachdruck in K. Borchardt: *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1982, S. 165-182).

<sup>49</sup> Die Steurgutscheine sollten ab dem Fiskaljahr 1934/35 zur Begleichung von Steuerschulden akzeptiert werden und stellten, da ein handelbares Inhaberpapier, Quasi-Geld dar. Vgl. zur Beurteilung und zu technischen Details der Aktion Ritschl: *Deutschlands Krise*, S. 181 ff.

<sup>50</sup> Vgl. K. Schiller: *Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland*, Berlin 1936, S. 54 f.

<sup>51</sup> Ritschl: *Deutschlands Krise*, S. 182 u. Tab. A.2

<sup>52</sup> Schiller: *Arbeitsbeschaffung*, S. 56.

<sup>53</sup> Vgl. D. Petzina: *Staatliche Ausgaben und deren Umverteilungswirkungen*, in: Staatliche Umverteilungspolitik, hg. v. F. Blaich, Berlin 1980, S. 102.

<sup>54</sup> *Wirtschaftliches Sofortprogramm der N.S.D.A.P.*, München 1932, S. 2 (Kampfschrift, H. 16).

<sup>55</sup> Vgl. z. B. A. Barkai: *Das Wirtschaftssystem*, S. 159.

<sup>56</sup> *Wirtschaftliches Sofortprogramm*, S. 7.

einer tiefen ideologischen Grundüberzeugung heraus, wonach die Umsetzung des *Rechts auf Arbeit* als Einlösung des sozialistischen Anspruchs der Partei galt.<sup>57</sup> Allerdings folgte die Praxis der NS-Arbeitsmarktpolitik dem Grundsatz, dass wirtschaftliche stets den politischen Zielen dienstbar zu machen seien, d. h. , dass die AB von vornherein dem übergeordneten Ziel der Wehrhaftmachung bzw. der Kriegsvorbereitung zu dienen hatte. So forderte Hitler am 8. 2. 1933 in einer Ministerbesprechung: "Jede öffentlich geförderte Arbeitsbeschaffungsmassnahme müsse unter dem Gesichtspunkt beurteilt werden, ob sie notwendig sei vom Gesichtspunkt der Wiederwehrhaftmachung des deutschen Volkes. Dieser Gedanke müsse immer und überall im Vordergrund stehen."<sup>58</sup>

Die beiden Ziele erwiesen sich jedoch als durchaus miteinander vereinbar, zumal sich bei konkreten Vorhaben meist nur schwer unterscheiden lässt, wieweit bei primär ziviler Zwecksetzung doch auch ein militärischer Nutzen denkbar erscheint, z. B. bei der steuerlichen Begünstigung des KFZ-Absatzes oder beim Brücken- oder Autobahnbau. „Hitler selbst vermischte zivile und militärische Zweckbestimmungen ständig.“<sup>59</sup> Dennoch kann wegen des Fehlens von unmittelbar umsetzbaren militärischen Projekten nach der Machtübernahme von einer Phase der AB durch zumindest primär zivile Projekte bis etwa Mitte 1934 gesprochen werden; danach dominierten immer deutlicher die direkten Rüstungsvorhaben.<sup>60</sup> Auffällig ist darüber hinaus, dass auch in der ersten Phase der Arbeitsbeschaffungspolitik relativ wenig Gebrauch von Grossprojekten in staatlicher Eigenregie gemacht wurde, die offensichtlich schon während ihrer Diskussion in der Zeit der Weltwirtschaftskrise stets auf das geballte Misstrauen der, ja die offene Ablehnung durch die Grossindustrie gestossen waren. Die AB erhielt deshalb nicht zufällig frühzeitig den Charakter von staatlichen Aufträgen an die Industrie bzw. von staatlicher Förderung bestimmter gewerblicher Aktivitäten mit arbeitsplatzschaffenden Effekten.

Darüber hinaus strebte man, nicht zuletzt wegen der in Deutschland seinerzeit extrem präsenten Inflationsfurcht, eine möglichst "unsichtbare" Finanzierung der Programme mit Hilfe der Reichsbank an („produktive Kreditschöpfung“), wobei man sich der bereits in der Weimarer Zeit geschaffenen Methoden und Institutionen bediente. So sollte z. B. das „Sofortprogramm“ der Regierung Schleicher durch Ausgabe von Wechseln durch die „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A. G.“ vorfinanziert werden, die bei der Reichsbank diskontierbar waren und somit eine entsprechende Ausweitung des Geldumlaufs ermöglichten. „Diese Technik der >Vorfinanzierung< durch kurzfristige Handelswechsel, die auf eigens dafür gegründete fiktive Gesellschaften gezogen waren und nach Belieben prolongiert werden konnten, umging die bestehenden formalen Reichsbankanordnungen und bildete das Vorbild der späteren Ausführungsmethode, im besonderen der >Mefo-Wechsel<, durch die Schacht<sup>61</sup> einen Grossteil des >deficit spending< bewerkstelligte.“<sup>62</sup> Industrie und Banken wurden ausserdem durch das Versprechen steuerlicher Entlastungen sowie durch Subventionen und Kürzungen im Sozialhaushalt eingebunden.

<sup>57</sup> Vgl. u. a. A. Holtz: *Nationalsozialistische Arbeitspolitik, Notwendigkeit und Bedeutung der Arbeitspolitik für den Umbruch und die Lenkung der Volkswirtschaft und ihr praktischer Einsatz*, Würzburg 1938 (Schriften zum deutschen Sozialismus, hg. v. W. Börger, H. 5), S. 27 ff.

<sup>58</sup> Hitler am 8. 2. 1933 im Reichskabinett lt. Protokoll; zit. nach Barkai: *Das Wirtschaftssystem*, S. 151.

<sup>59</sup> L. Herbst: *Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945*, Frankfurt/ M. 1996, S. 97. Vgl. ausführlicher dazu Stelzner: *Arbeitsbeschaffung*, S. 66 u. 235-248.

<sup>60</sup> Vgl. Barkai: *Das Wirtschaftssystem*, S. 156.

<sup>61</sup> Schacht löste am 16. 3. 1933 den zögerlichen, skrupulösen Luther als Reichsbankpräsident ab und übernahm im August 1934 zugleich das Amt des Reichswirtschaftsministers von dem überforderten und erkrankten ehem. ALLIANZ-Direktor Kurt Schmitt .

<sup>62</sup> Barkai: *Das Wirtschaftssystem*, S. 154.

Die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen des NS-Regimes im Einzelnen. Zunächst kamen monatelang die eigenen programmatischen Vorstellungen, die schon im Wahlkampf-Programm vom Frühsommer 1932 ausgeführt waren, nur indirekt zum Tragen, nämlich soweit sie sich im *Sofortprogramm* der Regierung Schleicher vom 28. 1. 1933, dem Gereke-Plan, wiederfanden, das unverzüglich umgesetzt und dabei um 100 Mio. auf insgesamt 600 Mio. RM erhöht wurde.<sup>63</sup> Die Schwerpunkte lagen auf rüstungsrelevanten Reichsmassnahmen (knapp 32%), landwirtschaftlichen Meliorationen (rd. 30%), Strassen- und Brückenbauten (ca. 20%) sowie Instandsetzungs- bzw. Modernisierungsmassnahmen bei kommunalen Versorgungsbetrieben (knapp 10%).<sup>64</sup> Diese Massnahmen konnten relativ schnell umgesetzt werden, weil bereits in den Vorjahren zahlreiche konkrete Projekte entwickelt worden waren. Für die Konzipierung weitergehender Massnahmen, die die Regierung durchaus für notwendig hielt, benötigte sie dann jedoch mehrere Monate. Die erste bestand in der *Aufhebung d. KFZ-Steuer* für PKWs am 10. 4. 1933; damit sollte die bereits im Vorjahr beobachtete Belebung der Automobilproduktion unterstützt werden. Die von der Regierung angekündigte „Arbeitsschlacht“<sup>65</sup> begann jedoch erst mit dem so genannten ersten *Reinhardt-Programm*, das am 1. 6. 1933 in Form des „Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit“ bekanntgegeben wurde. Allerdings erscheint beachtlich, dass es schon vor Inkrafttreten dieses Programms und parallel dazu zahlreiche Pläne und konkrete Initiativen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit gab, die von regionalen und lokalen Partei- oder Verwaltungsvertretern entwickelt worden und mit deren Namen verbunden waren.<sup>66</sup> Sie waren jedoch überwiegend an den zuständigen Instanzen vorbei lanciert worden und finanziell ungenügend abgesichert. Deshalb wurden sie sowohl von der staatlichen Bürokratie (Reich, Länder, Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung), die auf der Einhaltung der üblichen Verfahrenswege bestand, aber auch von konkurrierenden Parteigruppierungen behindert, so dass Silverman, der viele dieser Initiativen vorstellt und analysiert, zu dem Urteil kommt, dass die NS-Arbeitsbeschaffungsmassnahmen im Jahre 1933 chaotisch und relativ wirkungslos implementiert worden seien.<sup>67</sup>

Das Gesetz vom 1. 6. 1933 verfolgte zwei völlig verschiedene Stossrichtungen, zum einen Massnahmen zur Stimulierung der Nachfrage nach Arbeitskräften, zum anderen Massnahmen, die das Angebot an Arbeitskräften vermindern sollten. Das Programm hatte ein Volumen von 1 Mrd. RM für Darlehen und Zuschüsse im Wesentlichen an öffentliche Träger. Die Arbeitskräftenachfrage anregen sollten die bereitgestellten Gelder für Reparaturen an Gebäuden; Modernisierung/ Erweiterung von Versorgungsbetrieben; Flussregulierungen; Siedlungsbau; landwirtschaftliche Meliorationen und Tiefbaumassnahmen – im Grossen und Ganzen (bei Verzicht auf militärische Anforderungen) eine Verlängerung oder Ausweitung von Massnahmen, die schon das *Schleichersche Sofortprogramm* umfasst hatte.<sup>68</sup> Dabei fällt auf, dass rd. 80% der Gelder für besonders arbeitsintensive Projekte bereitgestellt wurden. Der Finanzierung dienten so genannte Arbeitsschatzanweisungen. Die Regierung bildete Tilgungsfonds als Sondervermögen des Reichs; in diese konnten von Privaten Schuldscheine und andere Forderungen gegen das Reich als von der Steuer absetzbare „Spenden“ eingestellt werden. Auch die im Rahmen des Reinhardt-Programms vorgesehene „Spende zur Förderung der nationalen Arbeit“, aus der Sachspenden für Hilfsbedürftige finanziert werden sollten (of-

<sup>63</sup> Das vom „Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung“ Günther Gereke, der auch unter Hitler noch bis März 1933 dies Amt versah, konzipierte AB-Programm der Regierung Schleicher soll nach Meinung von NS-Wirtschaftsexperten in starkem Umfang Elemente des „Sofortprogramms“ der N.S.D.A.P. vom Frühsommer 1932 übernommen haben. Vgl. Barkai: *Das Wirtschaftssystem*, S. 155.

<sup>64</sup> Vgl. Stelzner: *Arbeitsbeschaffung*, S. 67.

<sup>65</sup> F. Reinhardt: *Die Arbeitsschlacht der Reichsregierung*, Berlin 1933.

<sup>66</sup> Vgl. D. P. Silverman: *Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933-1936*, Cambridge, Mass., u. London 1998, S. 69-96.

<sup>67</sup> Silverman: *Hitler's Economy*, S. 96.

<sup>68</sup> Vgl. zu den Details Reinhardt: *Arbeitsschlacht*, S. 29-33; Stelzner: *Arbeitsbeschaffung*, S. 78-82.



fenbar vor allem Kleiderspenden für bedürftige SA-Männer)<sup>69</sup>, war mit Steuervergünstigungen für die Spender verbunden und regte in gewisser Weise die Nachfrage nach Textilien an, kann also als AB-Massnahme gelten. Allerdings schuf sie keine zusätzliche Kaufkraft, sondern lenkte vorhandene nur um.

Die Voraussetzungen für den Abruf der bereitgestellten Gelder entsprachen denen des *Sofortprogramms* und sollten die Beschäftigungseffekte sichern helfen. Deshalb musste es sich um volkswirtschaftlich wertvolle, so genannte *zusätzliche* Arbeiten handeln, die die Leistungsfähigkeit der Träger nicht überstiegen; eine 40-Stunden-Woche war einzuhalten (also unter damaligen Verhältnissen eine Art Kurzarbeit; die zu Beginn der Weimarer Zeit von Gewerkschaftsseite durchgesetzte Norm war die 48-Stunden-Woche); es waren schwerpunktmässig Handwerks- und mittelständische Betriebe zu beauftragen, die ihrerseits möglichst bisher Arbeitslose beschäftigten.<sup>70</sup> Die *Verordnung zur Durchführung der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen* vom 28. 6. 1933, nach Reinhardt ganz „aus nationalsozialistischem Geist geboren“ und „nicht das Ergebnis wochenlanger Beratungen und Unterhaltungen (...), sondern einzig und allein das Ergebnis nationalsozialistischen Handelns“<sup>71</sup>, forderte u. a.: „die Arbeit ist *durch menschliche Arbeitskraft* auszuführen, soweit nicht maschinelle Hilfsmittel unerlässlich sind, und soweit durch die Beschränkung auf menschliche Arbeitskraft nicht eine unverhältnismässige Verteuerung der Arbeit eintritt. (...) Bei den erforderlichen Neueinstellungen dürfen nur bisherige *Erwerbslose* berücksichtigt werden, und zwar in erster Linie *Kinderreiche, Familienernährer* und *langfristig* Erwerbslose, insbesondere solche, die der SS, SA, SAR oder dem St und ihrer beruflichen Herkunft gemäss dem vorkommenden Berufszweig angehören.“<sup>72</sup> Die von den Verbänden und auch von Schacht gewünschten Grossaufträge an die Industrie fehlten weitgehend.

Zwischen den beiden Stossrichtungen des Programms und zugleich seine Erweiterung in bevölkerungspolitischer Hinsicht bildeten das *Gesetz zur Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft* und das *Gesetz zur Förderung der Eheschliessungen*. Das erste Gesetz ergänzte bereits zuvor erlassene Massnahmen, womit die Beschäftigung von Haushaltshilfen in Privathaushalten gefördert werden sollte: die Befreiung der Hausgehilfinnen vom Beitrag zur Arbeitslosenversicherung (12. 5. 1933) und die Ermässigung des Beitrags zur Invalidenversicherung (16. 5. 1933). Vom 1. 6. 1933 an wurde die Beschäftigung von Haushaltshilfen auch noch einkommenssteuerlich begünstigt, indem sie vom steuerpflichtigen Haushaltsvorstand „als *minderjähriges Kind* in Ansatz“<sup>73</sup> gebracht werden konnten. Angeblich war die kurzfristige Wirkung beachtlich, denn allein in den Monaten Juli bis September 1933 wurden nach Reinhardt rd. 60.000 zusätzliche Haushaltshilfen beschäftigt.

Gemäss dem *Gesetz zur Förderung der Eheschliessungen* wiederum konnten Heiratswillige und (ab August 1933 auch) Jungverheiratete ein zinsloses Darlehen zwischen 500 und 1.000 RM beantragen, das in Form von Bedarfsdeckungsscheinen vergeben wurde, die in bestimmten Geschäften und Handwerksbetrieben beim Erwerb von Möbeln und Haushaltsgeräten einzulösen waren. Davon erhoffte man sich eine Stimulierung der privaten Nachfrage. Allerdings dienten bestimmte Anforderungen an die Antragsteller gleichzeitig nicht nur rassehygienischen Zwecken<sup>74</sup>, sondern auch der Reduzierung des Arbeitskräfteangebots, denn die (künfti-

<sup>69</sup> Vgl. Stelzner: *Arbeitsbeschaffung*, S. 82 f.

<sup>70</sup> Vgl. K. Jeserich: *Die Deutsche Gemeinde. Festschrift des Kommunalwissenschaftlichen Instituts an der Universität Berlin zum zehnjährigen Bestehen 1928-1938*, Berlin 1938, S. 420f

<sup>71</sup> Reinhardt: *Arbeitsschlacht*, S. 19.

<sup>72</sup> Reinhardt: *Arbeitsschlacht*, S. 19 f.; Hervorhebungen im Original.

<sup>73</sup> Reinhardt: *Arbeitsschlacht*, S. 72.

<sup>74</sup> Die Antragsteller mussten arischer Abstammung sein und ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis vorlegen.

ge) Ehefrau musste zwischen dem 1. 6. 1931 und dem 31. 5. 1933 (ab August 1933 auf 5 Jahre erweitert) mindestens 6 Monate lang in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben und verpflichtete sich mit der Annahme des Darlehens, dies Verhältnis aufzugeben und solange keiner Erwerbstätigkeit mehr nachzugehen, wie der Ehemann mehr als 125 RM im Monat verdiente.<sup>75</sup> Reinhardt stellte die in diesem Zusammenhang angestrebte „dauerhafte“ Bereinigung des Arbeitsmarktes ausdrücklich klar: Bei beiden Gesetzen „handelt es sich nicht um künstliche Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, nicht um Arbeitsbeschaffungsprogramme und sogenannte Initialzündungen, sondern um eine dauernde arbeitsmarktpolitische und bevölkerungspolitische Umschichtung unserer Deutschen Frauen. Allein diese Umschichtung, durch die im Laufe der Jahre fast alle weiblichen Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft und die Ehe überführt werden, würde genügen, um im Laufe der Jahre die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und zu einem gewaltigen Aufschwung in allen Zweigen der Deutschen Wirtschaft zu führen.“<sup>76</sup> Allerdings scheiterte die „dauerhafte Umschichtung“ allein schon an der Nachfrage der Industrie nach weiblichen Arbeitskräften, besonders seit Erreichen des Vollbeschäftigungsniveaus 1936. Ausserdem hielt sich das Interesse an den Darlehen in Grenzen, wohl nicht zuletzt wegen des geforderten Gesundheitszeugnisses.<sup>77</sup> Schliesslich ist anzumerken, dass auch die Darlehen keine zusätzliche Kaufkraft schufen, vielmehr fand nur deren Umlenkung statt, da die Darlehen durch eine „Ehestandshilfe“ genannte Abgabe der Unverheirateten, der kinderlosen Verwitweten oder Geschiedenen sowie die steuerliche Höherveranlagung kinderloser Ehepaare finanziert wurde.<sup>78</sup> Grebler hob deshalb bereits 1937 in seiner Analyse der Finanzierung der AB hervor, dass Steuererträge sowie eigene Mittel der Reichsbahn (Einnahmen) eine erstaunlich grosse Bedeutung hatten. Fast 40% der für unmittelbare Arbeitsbeschaffung vorgesehenen Mittel stammten aus diesen Quellen, nur rd. 60% aus kurzfristiger Finanzierung mit Wechseln, also aus Kreditschöpfung.<sup>79</sup>

Das *1. Reinhardt-Programm*, das Instandsetzungs- und Erweiterungsarbeiten bei öffentlichen Bauten sowie bei privaten Wohngebäuden förderte, wurde am 15. 7. 1933 ergänzt durch das *Gesetz über Steuererleichterungen*, mit dem man solche Arbeiten bei gewerblichen Gebäuden steuerlich begünstigte.<sup>80</sup> Ihm folgte am 21. 9. 1933 das *Gebäude-Instandsetzungs-Gesetz* (2. *Reinhardt-Programm*) mit einem Volumen von 500 Mio. RM. Es sah Zuschüsse zu Umbau-, Teilungs- und Reparaturmassnahmen bei Wohngebäuden, Zinssubventionen bei privaten Bauinvestitionen sowie befristete Steuererleichterungen für Kleinwohnungs- und Eigenheimbau vor, zielte also ebenfalls auf die Belebung des Bausektors und hier des Handwerks.<sup>81</sup> Durch Steuererleichterungen angeregt werden sollten ausserdem *Aufwendungen für den zivilen Luftschutz* (besonders Bau von Schutzräumen und Bunkern) mit einem Runderlass des Reichsfinanzministeriums vom 10. 10. 1933.<sup>82</sup> Weitere beachtliche Massnahmen mit AB-Charakter können gesehen werden in den *Grundförderungsbeiträgen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung* in Höhe von rd. 550 Mio. RM, den für den *Reichsautobahnbau* bereitgestellten Mitteln in Höhe von ebenfalls 550 Mio. RM bis Ende 1934 sowie den nicht zuletzt von *Reichsbahn* und *Reichspost* im Zeitraum 1. 1. 1933 - 31. 5. 1935 erteilten Aufträgen in Höhe von 1,2 Mrd. RM.<sup>83</sup> Insgesamt hatten die bis Ende 1935 aufgelegten und primär zivilen Zwecken die-

<sup>75</sup> Vgl. U. Eichborn: *Ehestandsdarlehen. Dem Mann den Arbeitsplatz, der Frau Heim, Herd und Kinder*, in: *Frauenleben im NS-Alltag*, hg. v. A. Kuhn, Pfaffenweiler 1994, S. 48-64 (Bonner Studien zur Frauengeschichte, Bd. 2).

<sup>76</sup> Reinhardt: *Arbeitsschlacht*, S. 77; Hervorhebungen im Original.

<sup>77</sup> Vgl. Eichborn: *Ehestandsdarlehnen*, S. 55-61.

<sup>78</sup> Vgl. Eichborn: *Ehestandsdarlehen*, S. 57, besonders Fn. 28.

<sup>79</sup> Vgl. Grebler: *Die deutsche Arbeitsbeschaffung*, S. 431.

<sup>80</sup> Vgl. Reinhardt: *Arbeitsschlacht*, S. 36-43.

<sup>81</sup> Vgl. Reinhardt: *Arbeitsschlacht*, S. 44-53.

<sup>82</sup> Vgl. Reinhardt: *Arbeitsschlacht*, S. 54-57.

<sup>83</sup> Vgl. Holtz: *Nationalsozialistische Arbeitspolitik*, S. 45.

nenden AB-Programme ein Volumen von rd. 5,5 Mrd. RM; das war ein staatliches Engagement von bisher unbekannter Grössenordnung. Allerdings wurden Teile der Massnahmen durch Steuern oder Spenden finanziert; in dem Umfang fand also keine Ausweitung des Kreislaufs statt. Dennoch dürften die bereitgestellten Summen in den vorgesehenen Verwendungszwecken spürbar zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums und zur Belebung der Beschäftigung beigetragen haben.

Die Kennziffern des Aufschwungs sind beeindruckend. Geht man vom Tiefststand im 3. Quartal 1932 aus, so erhöhte sich das reale Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen bis ins 1. Quartal 1936 um 45% und die privaten Investitionen sogar um 162%.<sup>84</sup> Die gesamte gewerbliche Güterproduktion wuchs im Jahre 1933 um 12%, im Jahre 1934 um 27%. Bedeutender waren die Zuwächse bei der Produktionsgüterindustrie mit 18% im Jahre 1933 und 44% im Jahre 1934, besonders markant jedoch das Wachstum der Investitionsgüterindustrie mit 27% im Jahre 1933 und sogar 67% im Jahre 1934.<sup>85</sup> Ein Motor war dabei zweifellos der Auftragseingang bei der deutschen Maschinenbauindustrie, der sich vom 3. Quartal 1932 bis ins 1. Quartal 1936 insgesamt um 242% gesteigert hatte, die Inlandsaufträge waren sogar um 486% gewachsen.<sup>86</sup> In ähnlicher Grössenordnung, nämlich auf mehr als das Fünffache, hatte bis Anfang 1936 auch die PKW-Produktion zugenommen.<sup>87</sup> Allerdings ist die Schwerpunktsetzung der NS-Wirtschaftspolitik auf Wiederaufrüstung bzw. rüstungsrelevante Produktion beachtlich, die eine Zurückdrängung des privaten Konsums notwendig machte. Zwar stieg das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte real vom 3. Quartal 1932 bis ins 1. Quartal 1936 um 27%, blieb damit aber deutlich hinter dem Zuwachs des Sozialprodukts zurück, und der private Konsum wuchs in dieser Zeit real sogar nur um 10%,<sup>88</sup> wobei dieser Zuwachs im wesentlichen nicht durch Lohnerhöhungen zustande kam, die bekanntlich bis Anfang 1936 relativ erfolgreich unterdrückt wurden,<sup>89</sup> sondern durch Mehrbeschäftigung von Haushaltsmitgliedern, die in der Krise arbeitslos geworden waren. Entsprechend nahm auch die Produktion der Verbrauchsgüterindustrie 1933 nur um 6% zu, 1934 um 12% und blieb somit weit hinter den Zuwächsen vor allem in der Investitionsgüterindustrie zurück.<sup>90</sup>

Das, was schon die Zeitgenossen im In- und Ausland am meisten beeindruckte, war jedoch der rasche Rückgang der Arbeitslosigkeit (vgl. Tabelle 4). Allein im Jahre 1933 ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen von 6 Mio. im Januar bis Oktober/ November um mehr als 2,3 Mio. auf 3,7 Mio. zurück, stieg saisonüblich noch einmal leicht an, um aber 1934 erneut von 3,8 Mio. im Januar auf den Tiefststand von 2,3 Mio. im September/ Oktober zu fallen. Und 1935 erreichte man dann etwa wieder die Zahlen von 1928. Im Jahresdurchschnitt wurden bis 1935 gegenüber 1932 wieder 3,5 Mio. Menschen mehr beschäftigt (+28%); die offene Arbeitslosigkeit war um 3,9 Mio. oder 70% zurückgegangen.

Allerdings sind die Zahlen, wie oben bereits angemerkt, interpretationsbedürftig. Einerseits entsprechen die Beschäftigtenangaben nicht Vollerwerbstätigen. Ritschl hat die offiziellen Angaben in Vollerwerbstätige mit dem Arbeitszeitniveau von 1938 umgerechnet; dann erhält man für 1935 einen Jahresdurchschnittswert von 15,2 Mio. Vollerwerbstätigen gegenüber dem ausgewiesenen Wert von 16,2 Mio.; d. h., in erheblichem Umfang waren die Beschäftig-

<sup>84</sup> Nach Ritschl: *Deutschlands Krise*, Tab. C.2 im Anhang.

<sup>85</sup> Nach *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 52 f.

<sup>86</sup> Nach *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 228 u. *Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung*, 11/1936-37, Teil B., N. F., S. 39.

<sup>87</sup> Vgl. *Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung*, 11/1936-37, Teil B., N. F., S. 43.

<sup>88</sup> Nach Ritschl: *Deutschlands Krise*, Tab. C.2 im Anhang.

<sup>89</sup> Vgl. zur Entwicklung der Reallöhne ausführlich R. Hachtmann: *Lebenshaltungskosten und Reallöhne während des „Dritten Reiches“*. In: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 75/ 1988, S. 32-73.

<sup>90</sup> Nach *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 53.

ten im Jahre 1935 nur teilzeitbeschäftigt.<sup>91</sup> Darüber hinaus enthalten die Beschäftigtenzahlen auch die so genannten *zusätzlich Beschäftigten* oder *Quasi-Erwerbslosen*, also Notstandsarbeiter, Landhelfer, Arbeitsdienst Leistende und Fürsorgearbeiter (vgl. oben Tabelle 3). Deren Anteil an den Arbeitslosen war von durchschnittlich 20% im Jahre 1932 auf durchschnittlich 23% im Jahre 1933 und sogar 31% im Jahre 1934 angestiegen und ging erst 1935 allmählich zurück. D. h. aber, bis zu 1, 5 Mio. Arbeitslose im Jahre 1933 und ca. 1,3 Mio. im Jahre 1934 wurden nicht in echte Beschäftigungsverhältnisse gebracht, sondern mit Hilfe von staatlich finanzierten AB-Massnahmen im Status der Quasi-Erwerbslosigkeit gehalten, aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik dagegen eliminiert. 1935 entfaltete die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die fast gleichzeitige dekretierte Arbeitsdienstplicht eine vergleichbare Wirkung. Die offiziellen Angaben, die etwa vom Institut für Konjunkturforschung wiedergegeben und kommentiert wurden, spielten dies Problem herunter, indem sie nur die *Notstandsarbeiter* als *zusätzlich Beschäftigte* bezeichneten, deren Zahl schon im Laufe des Jahres 1934 und beschleunigt 1935 stark abgenommen habe.<sup>92</sup> Trotz dieser Zahlenunsicherheiten kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, dass der Mitte 1932 begonnene Wirtschaftsaufschwung seit 1933 erheblich an Kraft gewonnen und dass tatsächlich ein grosser Beschäftigungszuwachs stattgefunden hatte.

**Tabelle 4: Arbeitslose und Beschäftigte im Deutschen Reich 1932-1935 (Monatsangaben)**

Monat	Beschäftigte*) (in Mio.)				Arbeitslose**) (in Mio.)			
	1932	1933	1934	1935	1932	1933	1934	1935
1	12,2	11,7	13,8	14,7	6,0	6,0	3,8	3,0
2	12,0	11,8	14,3	15,0	6,1	6,0	3,4	2,8
3	12,1	12,5	15,0	15,5	6,0	5,6	2,8	2,4
4	12,6	13,0	15,6	16,2	5,7	5,3	2,6	2,2
5	12,9	13,5	15,8	16,7	5,6	5,0	2,5	2,0
6	12,9	13,6	15,8	16,8	5,5	4,9	2,5	1,9
7	12,9	13,8	15,8	16,9	5,4	4,5	2,4	1,8
8	13,0	14,1	15,9	17,0	5,2	4,1	2,4	1,7
9	13,1	14,2	15,9	16,7	5,1	3,8	2,3	1,7
10	13,2	14,3	15,9	16,6	5,1	3,7	2,3	.
11	13,1	14,3	15,8	16,5	5,4	3,7	2,4	.
12	12,3	13,6	15,2	15,6	5,8	4,1	2,6	.
Jahres- mittel	12,7	13,3	15,3	16,2	5,6	4,8	2,7	1,7
*) „Regulär“ u. „zusätzlich“ (in Notstands oder AB-Massnahmen) Beschäftigte insg.								
**) Bei d. Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose insg.								
Nach <i>Konjunkturstatistisches Handbuch 1936, 1935</i> , S. 12 u. 16 u. <i>Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung</i> , 11/ 1936-37, Teil B., N. F., S. 2 f.								

<sup>91</sup> Nach Ritschl: *Deutschlands Krise*, Tab. C.1 im Anhang.

<sup>92</sup> Vgl. dazu ausführlich Hachtmann: *Arbeitsmarkt*, S. 178-185 sowie besonders Silverman: *Hitler's Economy*, S. 10-27.

## 6. Die Ursachen des NS-Aufschwungs

Nach wie vor dominiert in der Bevölkerung die Meinung, die man gelegentlich auch noch unter Fachwissenschaftlern antrifft,<sup>93</sup> dass die direkten und indirekten AB-Massnahmen des NS-Regimes die Belebung der Wirtschaft und vor allem die rasche Reduzierung der Arbeitslosigkeit bewirkt hätten. Die unterstellte Kausalität gilt jedoch nur sehr eingeschränkt. Das wird besonders deutlich, wenn man die Grössenordnungen der tatsächlich in den Wirtschaftskreislauf eingebrachten zusätzlichen Finanzmittel und ihre zeitliche Staffelung genauer betrachtet. So waren von den bis Juni 1933 beschlossenen Programmen, die ein Volumen von immerhin 1,9 Mrd. RM umfassten, bis Ende 1933 nur 652 Mio. RM abgeflossen. Diese stammten zu 90% aus dem *Papen-Programm* (236 Mio. RM) und aus *Schleichers Sofortprogramm* (350 Mio. RM). Vom *1. Reinhardt-Programm* (1 Mrd. RM!) wurden dagegen bis Ende 1933 erst 65,4 Mio. RM ausgezahlt und selbst bis Ende 1934 nur 695 Mio. RM (70%).<sup>94</sup> In Bezug auf alle AB-Programme muss festgehalten werden, dass es offenbar mindestens 9 Monate dauerte, ehe die bereitgestellten Mittel für konkretisierte Projekte abgerufen und damit beschäftigungswirksam werden konnten<sup>95</sup> - ein Sachverhalt, den man ja auch aus der jüngsten Vergangenheit kennt (z. B. „Aufbau Ost“), und dies, obwohl für das *Schleicher-Programm* in grösserem Umfang schon in den Jahren 1931 und 1932 entwickelte Projekte verfügbar gewesen sein sollen. „Im ganzen scheint es (...), dass zur Fertigstellung umfangreicher öffentlicher Arbeiten, die mit dem Zweck unmittelbarer Wirkung eingesetzt wurden, ein bis zwei Jahre erforderlich waren, und dass der Hauptteil der Investitionen etwa 9-18 Monate nach der Aufstellung der Programme (...) stattfand.“<sup>96</sup>

Bedenkt man darüber hinaus, dass der grösste Teil der AB-Mittel des Reichs für arbeitsintensive Vorhaben, nicht zuletzt auch reine Handarbeit (etwa im Strassen- und Brückenbau oder bei den Meliorationen, im Hochbau und bei den Instandsetzungsarbeiten) vorbehalten war, ist ein direkter Zusammenhang mit den oben genannten Zuwächsen bei der Produktionsgüter-, vor allem aber bei der Investitionsgüterindustrie schon im Jahre 1933 (+ 27%) nicht zu sehen. Das gilt letzten Endes wegen der Zweckbestimmungen und der Voraussetzungen für den Mittelabruf auch bezüglich der erheblich umfangreicheren Beträge, die 1934 aus AB-Massnahmen in den Wirtschaftskreislauf geflossen sind. Grössere Bedeutung für den industriellen Aufschwung dürften deshalb 1933 und 1934 die von *Reichsbahn* und *Reichspost* erteilten Aufträge besessen haben, die in 1933 einen Umfang von immerhin 592 Mio. RM und in 1934 von 510 Mio. RM hatten.<sup>97</sup> Diese Grössenordnungen reichten jedoch keineswegs aus, um den industriellen Aufschwung in Gang zu bringen.

Eine bis heute dagegen wirkungsmächtige Legende ist die von den beschäftigungsfördernden Effekten des *Autobahnbaus*. Zwar sah der Gesamtnetzplan mit einer Streckenlänge von fast 7.000 km einen Finanzaufwand von über 6 Mrd. RM vor. Doch wurde die „gigantische Aufgabe“<sup>98</sup>, so Hitler in seiner Ankündigung des *Unternehmens Reichsautobahn* am 1. Mai 1933, durchaus zögerlich angegangen. Vor allem in den ersten Jahren flossen nur geringe Mittel aus

<sup>93</sup> So überraschenderweise ja auch Abelshäuser: *Kriegswirtschaft*, S. 506ff. Ähnlich Wehler in seiner Zusammenschau der neuesten Literatur; vgl. H.-U. Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4 (... 1914-1949), München 2003, S. 709 ff.

<sup>94</sup> Schiller: *Arbeitsbeschaffung*, S. 155, Tab. 6.

<sup>95</sup> Vgl. auch Stelzner: *Arbeitsbeschaffung*, S. 114.

<sup>96</sup> Grebler: *Die deutsche Arbeitsbeschaffung*, S. 425.

<sup>97</sup> Vgl. Schiller: *Arbeitsbeschaffung*, S. 155, Tab. 6.

<sup>98</sup> P. Reichel: *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Faszination und Gewalt des Faschismus*, TB-Ausgabe, Frankfurt/ M. 1993, S. 276.

dieser Massnahme, 3,1 Mio. RM in 1933, 178,3 Mio. RM in 1934, 464,7 Mio. RM in 1935 und 692,2 in 1936.<sup>99</sup> Auch die direkten Beschäftigungseffekte blieben gering, obwohl der *Generalinspektor für das Strassenwesen* seit Juni 1933, Fritz Todt, darauf drängte, den Maschineneinsatz möglichst gering zu halten: 1933 waren nur ca. 4.000 Mann; 1934 maximal 85.000 Mann; 1935 maximal 118.000 Mann und selbst auf dem Höhepunkte des Ausbaus, 1936, maximal 130.000 Mann direkt im Autobahnbau tätig,<sup>100</sup> im übrigen ein Arbeitsbereich, um den sich seit deutlicher verbesserter Beschäftigungssituation ab 1935 und angesichts der schlechten Bezahlung sowie der miserablen Arbeits- und Unterbringungsbedingungen niemand riss. Diese Größenordnungen stellen keinen nennenswerten Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit dar. Und die Nachfrageeffekte in Richtung der Zuliefererindustrien können angesichts der relativ kleinen Ausgabensummen einerseits, der im Industrie- und Rüstungsbereich andererseits angelaufenen Baukonjunktur als geringfügig eingeschätzt werden. Da im übrigen eine nennenswerte wehrpolitische Bedeutung allgemein verneint wird,<sup>101</sup> beschränkte sich die „Bedeutung der Reichsautobahn für das Dritte Reich auf die kulturelle, raumgestaltende und symbolisch-integrative Funktion“<sup>102</sup>, die dafür umso massenwirksamer und nachhaltiger herausgestellt wurde. „Die Autobahn als Motor der Konjunkturbelebung ist ein unausrottbarer Mythos. Mit den wirtschaftlichen Realitäten des Dritten Reiches hat sie nichts zu tun.“<sup>103</sup>

Nicht ausser Acht zu lassen ist schließlich, dass die Wirkungen der AB bis zu einem gewissen Grad durch Terror und Gewalt gegen Juden, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter konterkariert wurden. Die Folgen bestanden in Geschäftsverlusten, Massenflucht aus Deutschland, Kapitalabzug, Zerstörung des Vertrauens, besonders im Ausland, und einem auch darauf zurückzuführenden Rückgang der Exporte (neben den exporthemmenden Faktoren wie Schutzzöllen und Einfuhrkontingentierungen der potenziellen Importländer).<sup>104</sup>

Zu fragen bleibt, ob möglicherweise der Versuch, die Frauen aus dem Erwerbsleben zu verdrängen, d. h. die von der NS-Regierung angestrebte „dauernde arbeitsmarktpolitische und bevölkerungspolitische Umschichtung unserer Deutschen Frauen“<sup>105</sup>, von Erfolg gekrönt war. Immerhin waren 1933 rd. 4,5 Mio. Frauen „regulär beschäftigt“<sup>106</sup>, davon allein 1,1 Mio. der Industrie.<sup>107</sup> Eine deutliche Reduzierung der weiblichen Erwerbstätigkeit würde demnach in spürbarem Umfang Platz für Männer geschaffen haben. In diese Richtung arbeitete das Regime, wie oben dargestellt, sowohl mit Druck (Kampagne gegen das Doppelverdienertum) als auch mit Lockung (Ehstandsdarlehen) und darüber hinaus mit der vehementen Propagie-

<sup>99</sup> Vgl. Ritschl: *Beschäftigungspolitik*, S. 129, Tabelle 1. Etwas größere Zahlen überliefert Stelzner: *Arbeitsbeschaffung*, S. 90, wonach bis Ende 1934 immerhin 217 Mio. RM, in 1935 dann 346 Mio. RM und in 1936 sogar rd. 1,1 Mrd. RM im Autobahnbau verausgabt worden sein sollen. Noch einmal abweichende Größenordnungen bei Schiller, wonach 1934 nur 163 Mio. RM ausgegeben worden sein sollen; vgl. Schiller: *Arbeitsbeschaffung*, S. 155, Tab. 6. Worauf die Differenzen beruhen, ist nicht klar. Sicher aber darf man folgern, dass die Beträge bis 1935 inklusive keine spürbaren Kreislaufeffekte besaßen, da sie nach Ritschl 1933 weniger als 1%, 1934 auch nur 6% und 1935 gerade mal 9% der öffentlichen Investitionen im Verkehrswesen ausmachten.

<sup>100</sup> Vgl. Volkmann: *Die NS-Wirtschaft*, S. 283.

<sup>101</sup> Vgl. dazu u. a. ausführlicher Stelzner: *Arbeitsbeschaffung*, S. 84-95 u. 260-268.

<sup>102</sup> Reichel: *Der schöne Schein*, S. 279 f. Vgl. zum „Mythos Autobahn“ auch ausführlicher G. Brockhaus: *Schauder und Idylle. Faschismus als Erlebnisangebot*, München 1997, S. 68-117.

<sup>103</sup> Ritschl: *Beschäftigungspolitik*, S. 128.

<sup>104</sup> Vgl. Herbst: *Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik*, S. 177.

<sup>105</sup> Reinhardt: *Arbeitsschlacht*, S. 77; Hervorhebungen im Original.

<sup>106</sup> *Konjunkturstatistisches Handbuch 1936*, S. 13.

<sup>107</sup> Vgl. *Wirtschaft und Statistik*, hg. v. Statistischen Reichsamt, 16/ 1936, S. 780. Allgemeiner dazu und mit detaillierten Zahlen P. Gerber: *Erwerbsbeteiligung von deutschen und ausländischen Frauen 1933-1945 in Deutschland. Entwicklungslinien und Aspekte politischer Steuerung der Frauenerwerbstätigkeit im Nationalsozialismus*, Frankfurt/ M. usw. 1996.

nung des Leitbildes der Frau als Hausfrau und Mutter.<sup>108</sup> Diese letztere fundamentalistische Reaktion wurde im übrigen von einer Mehrheit besonders der bürgerlichen deutschen Frauen durchaus begrüßt.<sup>109</sup> Tatsächlich ist jedoch die Zahl der erwerbstätigen Frauen seit 1933 ständig gestiegen, und das auch in der Industrie, in der schon bis 1936 „fast 350.000 Frauen neu eingestellt“<sup>110</sup> worden sind. Dass dennoch der Frauenanteil an allen Beschäftigten, besonders in der Industrie, gleichzeitig von 35% im Jahre 1933 auf 32% im Jahre 1936 zurückgegangen ist, liegt an der überproportionalen Zunahme männlicher Beschäftigter. Diese beruhte vor allem auf dem rasanten Wachstum der Produktionsgüterindustrie, in der Frauenarbeitsplätze seltener waren, gegenüber dem politisch gewollten erheblich langsameren Wachstum der Konsumgüterindustrie, die teilweise geradezu eine weibliche Domäne darstellte, wie die Bekleidungs-, die Papierverarbeitungs- und die Spielwarenindustrie. Die bis 1936 der offiziellen Politik zuwiderlaufende Weiter- und sogar Mehrbeschäftigung von Frauen, das eben auch in der Industrie, resultierte nicht nur aus der finanziellen Notlage vieler Familien, die die Mitarbeit der Frauen erforderlich machte. Vielmehr hatten einerseits die Arbeitgeber ein Interesse an weiblichen Arbeitskräften, die grundsätzlich, auch bei vergleichbarer Tätigkeit, um mindestens ein Drittel bis zu 50% niedrigere Löhne erhielten. Andererseits waren die typischen Frauenarbeitsplätze aufgrund der Arbeitsbedingungen häufig für Männer unattraktiv (z. B. repetitive, monotone unqualifizierte Fließbandtätigkeiten). Der Versuch, die Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen und dadurch einen Beitrag zum Abbau der männlichen Arbeitslosigkeit zu leisten, scheiterte also. Mit dem Erreichen der Vollbeschäftigung 1936 wurde diese Politik sowieso aufgegeben und wich dem Versuch, verstärkt Frauen als Arbeitskräfte besonders auch für die Rüstungsindustrie zu gewinnen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1933 bis 1935 kann nach dem Gesagten nur zu einem kleinen Teil auf die AB-Massnahmen zurückgeführt werden, muss vielmehr in erheblichem Umfang auf anderen Einflüssen beruhen.<sup>111</sup> Die Suche nach den Ursachen war während der letzten Jahre geprägt durch die Kontroverse zwischen den Wirtschaftshistorikern Abelshäuser und Buchheim.<sup>112</sup> Die zentralen Argumente habe ich etwas vereinfacht in der folgenden Übersicht einander gegenübergestellt.

---

<sup>108</sup> Vgl. u. a. C. Mühlfeld u. F. Schönweiss: *Nationalsozialistische Familienpolitik. Familiensoziologische Analyse der nationalsozialistischen Familienpolitik*, Stuttgart 1989, S. 73 ff. Die Ambivalenz der Frauenrolle und der gesellschaftlichen Position der Frau im NS haben u. a. herausgearbeitet Brockhaus: *Schauder und Idylle*, S. 165-183, die von „weiblichen Größenphantasien“ und ihrem Preis spricht; C. Koontz: *Mütter im Vaterland. Frauen im Nationalsozialismus*, Freiburg 1991, passim.

<sup>109</sup> „Berücksichtigt man die Furcht vor fundamentalen Veränderungen im Verhältnis der Geschlechter und im Verhältnis von Frauen untereinander, dann erscheint Nationalsozialismus wie ein letztes Aufbäumen der Gesellschaft gegen die demokratische Neuerung der Gleichberechtigung, als ein letzter Versuch von Männern und Frauen, die alte soziale Ordnung – dass nur Frauen sich um Haushalt und Kleinkinder zu kümmern haben – als die einzig gültige für tausend Jahre zu zementieren.“ U. Benz: *Deutsche Frau und deutsche Mutter – die langen Wirkungen der Ideologisierung im Nationalsozialismus*, in: *Frauen und Nationalsozialismus. Historische und kulturgeschichtliche Positionen*, hg. v. O. Niethammer, Osnabrück 1996, S. 146.

<sup>110</sup> *Wirtschaft und Statistik*, 16/ 1936, S. 780.

<sup>111</sup> Vgl. Silverman: *Hitler's Economy*, S. 220.

<sup>112</sup> Vgl. besonders Abelshäuser: *Kriegswirtschaft*, S. 503-538; Buchheim: *Wirtschaftsentwicklung*, S. 653-664.

<b>Abelshauser</b>	<b>Buchheim</b>
Ende der Depression zum Zeitpunkt der „Machtergreifung“ noch nicht in Sicht	Beginn des ‚spontanen‘ Aufschwungs im Herbst 1932
NS-Aufschwung = „Wirtschaftswunder“ (H. Priester) = Folge der Nachfragebelebung durch zusätzliche Staatsausgaben	Krise hatte ‚Reinigungscharakter‘; private Investitionstätigkeit belebte sich durch gesunkene Kosten und erhöhte Gewinnpotenziale
AB regte private Investitionstätigkeit an, von der vor allem Handwerk, Bauindustrie und Fahrzeugbau (Erlass der KFZ-Steuer) profitierten	ab 1934 hebelten zunehmende Regulierungen der Wirtschaft die Multiplikatorkräfte der konjunkturellen Belebung aus und hemmten die private Investitionsneigung
keine Aussenhandelsbelebung 1934/35 angesichts schrumpfenden Welthandels	Welthandel hatte sein Tief 1932 durchschritten und belebte sich seit 1933
trotz Rüstungskonjunktur wurde Lebensstandard allmählich gesteigert	keine realen Einkommenssteigerungen bis 1939; der ‚biologische Lebensstandard‘ sank sogar

Buchheim hat seine Argumentation kürzlich noch einmal zusätzlich abgesichert und ist dabei vor allem auf die zeitlich meist erheblich verzögerte Umsetzung bestimmter AB-Massnahmen einerseits, die ambivalenten Wirkungen vieler Elemente der NS-Politik auch im Sinne der Erzeugung von Unsicherheit in der Wirtschaft andererseits eingegangen.<sup>113</sup> Demnach erscheinen die schon seit Januar 1932 in Erscheinung getretenen spontanen Aufschwungskräfte in Verbindung mit bzw. verstärkt durch die Ankurbelungsprogramme der letzten Weimarer Regierungen zumindest 1933/34 vermutlich bedeutsamer als die NS-Beschäftigungspolitik. Darüber hinaus hat Ritschl nachgewiesen, dass das NS-Regime keine „keynesianische“ Politik betrieben hat, wie vielfach in der Literatur behauptet.<sup>114</sup> Ritschl rechnet vor, wie gering das deficit spending ausfiel. „Im Vergleich zum Sozialprodukt sind die Defizite der öffentlichen Haushalte insgesamt vor 1937 keineswegs massiv oder in irgendeiner Weise spektakulär gewesen. (...) Im Durchschnitt der Jahre 1933 bis 1936 betragen sie gerade 3,11 Prozent. (...) Für eine erfolgreiche Konjunkturankurbelung durch besonders ausgeprägtes *deficit spending* kann also das Dritte Reich kaum in Anspruch genommen werden, dazu fehlen einfach die Grössenordnungen“.<sup>115</sup>

In dieselbe Richtung argumentiert Overy, der betont, dass von der Konsumnachfrage seit 1933 kaum Wachstumsimpulse ausgegangen sind, wie das für eine „keynesianische“ Interpretation erforderlich wäre. Die Gründe sind vor allem im Lohnstopp sehen; in der Beschäftigung vieler ehemals Arbeitsloser in niedrig entlohnten Projekten; in der Erhöhung von Steuern und Zwangsabgaben, die das verfügbare Einkommen der Haushalte schmälerten und nicht

<sup>113</sup> Vgl. besonders Buchheim: *Die Erholung*, S. 20 f. Overy führt aus, dass die Privatwirtschaft nach der NS-Regierungsübernahme wegen konfligierender, politisch dominierter Wirtschaftsbedingungen nur schwer wieder Vertrauen gewinnen konnte und sich deshalb bei den Investitionen zurückhielt. Vgl. Overy: *Nazi Economic Recovery*, S. 33.

<sup>114</sup> Vgl. auch Silverman: *Hitler's Economy*, S. 37 f.

<sup>115</sup> Ritschl: *Beschäftigungspolitik*, S. 132 f. Ähnlich Silvermann, der besonders die staatlichen Aufwendungen im Jahre 1933 für viel zu gering hält, um einen nennenswerten Beitrag zum Aufschwung geleistet haben zu können. Vgl. Silverman: *Hitler's Economy*, S. 46, sowie Grebler: *Die deutsche Arbeitsbeschaffung*, S. 431.



zuletzt in dem aus der Agrarförderung resultierenden Preisanstieg bei Lebensmitteln. Statt die Konsumnachfrage zu steigern, praktizierte das NS-Regime eine Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Unternehmerprofite und vor allem der Staatsausgaben. Man kann von einer *Staatskonjunktur* sprechen, da Staatsausgaben den Anstieg von Beschäftigung und Einkommen trugen, besonders seit dem Einsetzen der massiven Rüstungsanstrengungen.<sup>116</sup> Ebenso spricht Silverman von einem „state-led growth“ und meint, der Aufschwung hätte vermutlich ohne diese massive Staatsintervention stattfinden können.<sup>117</sup>

Eine gewisse Rolle spielte dabei auch die Belebung des Welthandels,<sup>118</sup> die sich zwar 1934 noch nicht in einem Anstieg der deutschen Exporte auswirkte, aber seit 1935 klar in Erscheinung trat. Z. B. schreibt das Institut für Konjunkturforschung in seinem *Bericht zur Wirtschaftslage im Frühjahr 1936*: „Die vergleichsweise günstige Entwicklung der deutschen Ausfuhr im vergangenen Jahr wurde von verschiedenen Faktoren getragen, von denen zwei besonders hervortreten, nämlich die erhöhte Aufnahmefähigkeit und –willigkeit der Länder mit entwerteter Währung und expansiver Konjunkturpolitik; sodann aber auch die Sonderbewegung in einigen Produktionsgütern, für die sich ein wachsender Bedarf geltend macht.“<sup>119</sup> Und im Herbst 1936 wird im Hinblick auf die Weltwirtschaft schon die Frage aufgeworfen, ob eine „Übersteigerung des Aufschwungs“ drohe, der inzwischen „so gut wie alle Länder“ erfasst habe und sich „in einer ganzen Reihe von Ländern (...) mehr und mehr zu einer ausgesprochenen Hochkonjunktur entwickelt.“<sup>120</sup> Die Exportwirtschaft war offenbar kein Motor des 1932 angelaufenen Konjunkturaufschwungs, doch trug sie ihn seit 1935 spürbar mit.

Im übrigen ist Abelshausers positive Bewertung der Entwicklung des *Lebensstandards* oberflächlich. Zwar stiegen seit 1933 die Reallöhne und vor allem die Haushaltseinkommen allmählich. Wie oben bereits dargelegt, war das vor allem ein Effekt der Wiederbeschäftigung bisher erwerbsloser Personen, während ja offiziell die Löhne auf dem Niveau der Weltwirtschaftskrise eingefroren werden sollten und es auch mehrere Jahre lang weitgehend wurden. Problematisch ist aber gerade in der NS-Zeit eine Beschränkung des Lebensstandards auf Löhne und Einkommen. Vielmehr gilt es, analog zur modernen Diskussion etwa im Umfeld der Vereinten Nationen, auch Komponenten wie Bildung und biologische Lebenschancen zu berücksichtigen. Im *Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)* heisst es: „Human development is a process enlarging people’s choices. The most critical ones are to lead a long and healthy life, to be educated and to enjoy a decent standard of living. Additional choices include political freedom, guaranteed human rights and self-respect.“<sup>121</sup> Als Messinstrument führten die Vereinten Nationen neben einer Vielzahl von sozialen und ökonomischen Indikatoren den *Human Development Index (HDI)* zum internationalen Vergleich des Lebensstandards ein und um das Bruttosozialprodukt als einziges Wohlfahrtsmass abzulösen. Er enthält neben dem Einkommensmass die gleichgewichteten Komponenten Gesundheit bzw. langes Leben und Bildung.

Im Gegensatz zum Einkommen entwickelten sich die Komponenten Gesundheit und Bildung in der NS-Zeit schon vor dem Zweiten Weltkrieg sehr ungünstig. Die *Bildungsbeteiligung* in

<sup>116</sup> Vgl. Overy: *Nazi Economic Recovery*, S. 31 u. 34.

<sup>117</sup> Vgl. Silverman: *Hitler’s Economy*, S. 36.

<sup>118</sup> Vgl. dazu die graphische Übersicht in *Die Wirtschaftslage. Die Lage der Weltwirtschaft*, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 11/ 1936-37, Teil A, N. F., S. 373, in der ein Anstieg der Weltindustrieproduktion sowie des Welthandels, und zwar mengen- wie wertmäßig, seit Beginn 1933 erkennbar ist.

<sup>119</sup> *Die Konjunktur in Deutschland. A. Die Wirtschaftslage im Frühjahr 1936*, in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, 11/ 1936-37, Teil B, N. F., S. 15.

<sup>120</sup> *Die Wirtschaftslage. Die Lage der Weltwirtschaft*, S. 371 u. 375.

<sup>121</sup> UNDP: *Human Development Report 1990*, New York 1990.

Form der Gymnasial- und Universitätsausbildung ging nahezu überall in Deutschland deutlich zurück.<sup>122</sup> Einerseits war sie vermutlich während der Weltwirtschaftskrise bei den Jungen etwas überhöht gewesen, weil die schlechte Arbeitsmarktsituation grössere Bildungsanstrengungen und ein längeres Verweilen im Bildungssystem nahe gelegt hatte. Die verbesserten Arbeitsmarktchancen nach 1933 führten – so gesehen – in gewisser Weise auch wieder zu einer Normalisierung der Bildungsnachfrage. Andererseits wurden die Mädchen in der Frühphase des NS-Regimes systematisch in bezug auf höhere Bildungsanstrengungen entmutigt und vom Studium ferngehalten. Vor allem schlug sich in der sinkenden Bildungsbeteiligung aber die Verdrängung des jüdischen Bevölkerungsteils aus den Gymnasien und Universitäten nieder. Der durchschnittliche *Gesundheitszustand* wiederum verschlechterte sich trotz steigender mittlerer Lebenserwartung, da die Sterblichkeit mehrerer Altersgruppen (Kinder u. Jugendliche von 1-15 Jahre; Erwachsene zwischen 30 u. 60 Jahren) sowie die Krankheitshäufigkeit und die Sterblichkeit an bestimmten, vor allem ernährungssensiblen Krankheiten (wie Grippe, Atemwegserkrankungen, Lungenentzündung, Infektionen des Kindesalters) sowie an Diphtherie anstiegen.<sup>123</sup> In einigen Regionen nahm auch die Körpergrösse der Schulkinder ab. Baten und Wagner fassen die Ergebnisse ihrer Analysen dieser Phänomene und ihrer Ursachen wie folgt zusammen: „Als wichtigste Gründe erscheinen zum einen die Vernachlässigung des öffentlichen Gesundheitswesens. Zum Zweiten wirkten sich Eingriffe in den Preismechanismus sehr ungünstig aus, weil dies zur Marktdesintegration und damit geringerer Versorgung der Grossstädte führte. Drittens führte die Autarkiepolitik zu einer ungünstigen räumlichen Verteilung des Proteinkonsums. Dies hatte eine stärkere Erhöhung der Mortalitätsraten in den vorherigen Importregionen zur Folge.“<sup>124</sup> Demnach kann man, selbst wenn man die Verfolgungsmassnahmen gegen grössere Gruppen der deutschen Bevölkerung ignoriert, kaum von einem generellen Anstieg des Lebensstandards in der frühen NS-Zeit sprechen. Auch hier verdeckt wieder die Reduzierung der Arbeitslosigkeit andere wichtige Aspekte der Lebensführung und Lebensqualität, bei denen echte Fortschritte kaum zu spüren waren, hingegen oft erhebliche Einschränkungen oder sogar Rückschritte hingenommen werden mussten.

Bis hierhin wurde die Kontroverse über die Wirkungen der NS-Beschäftigungspolitik fast ausschliesslich argumentativ geführt; man wog Wahrscheinlichkeiten und Plausibilitäten gegeneinander ab. Schon auf der Basis erscheinen mir die Argumente für eine höhere Gewichtung der konjunkturellen Eigendynamik seit Anfang, spätestens seit Mitte 1932 und somit für eine Relativierung der Bedeutung der AB-Massnahmen des NS-Regimes überzeugend. Um so wertvoller ist die inzwischen von Ritschl vorgeführte Beweisführung, da es dabei nicht mehr um das Abwägen einzelner Argumente geht, die unterschiedlich eingeschätzt werden können. Vielmehr zeigt Ritschl mit Hilfe der Standardmethoden *nachträglicher Konjunkturprognose*, dass sich der Wirtschaftsaufschwung von 1933 bis 1936 aus den in der zweiten Jahreshälfte 1932 vorliegenden Daten, d. h. aus der zu dem Zeitpunkt realisierten wirtschaftlichen Konstellation ohne die AB-Massnahmen, exakt prognostizieren lässt. „Ein sich selbst stützender Aufschwung ist bereits während des Jahres 1932 in den Daten sichtbar, seine Realisierung bis 1936 weicht von diesen Erwartungen in keiner Weise ab. Erst ab 1936 scheint die einsetzende massive Kriegsvorbereitung unter dem Vierjahresplan die deutsche Volkswirtschaft in eine

<sup>122</sup> Vgl. A. Wagner: *Ein Human-Development-Index für Deutschland: Die Entwicklung des Lebensstandards von 1920 bis 1960*, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2003/2, S. 177 f. u. 183 f..

<sup>123</sup> Vgl. J. Baten u. A. Wagner: *Mangelernährung, Krankheit und Sterblichkeit im NS-Wirtschaftsaufschwung (1933-1937)*, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 2003/1, bes. S. 110-114; J. Baten u. A. Wagner: *Autarchy, market disintegration, and health: the mortality and nutritional crisis in Nazi Germany, 1933-1937*, in: *Economics and Human Biology*, 1/ 2003, bes. S. 3-8.

<sup>124</sup> Baten u. Wagner: *Mangelernährung*, S. 123.

überhitzte Kriegskonjunktur jenseits der vorherigen Konjunkturerfahrungen hineingetrieben zu haben.“<sup>125</sup>

## 7. Fazit

Zweifellos haben zahlreiche Faktoren in ihrem Zusammenwirken zum NS-Aufschwung beigetragen:

- ◆ der sich selbst nährenden Konjunkturaufschwung im Inland seit Mitte 1932
- ◆ die Signaleffekte des Regimewechsels
- ◆ die Anregungseffekte der Programmankündigungen
- ◆ das Finanzvolumen der Beschäftigungsmassnahmen
- ◆ die Ausschaltung der Gewerkschaften und der Lohnstopp
- ◆ der tendenzielle Preisstopp (besonders bis 1936)
- ◆ die Verschleierung der Arbeitslosenstatistik
- ◆ die internationale Wirtschaftsbelebung seit 1933

Entscheidend für den konjunkturellen Wendepunkt im Jahre 1932 war die „*Normalisierung*“ der Relation zwischen Löhnen, Preisen und Produktivität in weiten Teilen der deutschen Wirtschaft, d. h. die *Verbesserung der Angebotsbedingungen und der Profitchancen*.<sup>126</sup>

Für Wehler ist das in seiner gerade publizierten Gesamtschau der Zwischenkriegszeit „liberaler Aberglauben“; seines Erachtens waren für die Erholung wichtiger die „ansteckende Dynamik“, die „rhetorischen Fähigkeiten“ und der „Beschwörungsgestus“ des charismatischen Führers.<sup>127</sup> Dagegen erscheinen mir die Analysen und Ergebnisse der jüngeren Generation der Wirtschaftshistoriker besser begründet und vor allem durch Ritschls nachträgliche Konjunkturprognose methodisch gut abgesichert. Sie lassen sich in der Aussage zusammenfassen: „Die Erholung von der Weltwirtschaftskrise in Deutschland, die im Herbst 1932 begann, setzte sich 1933 fort nicht *wegen*, sondern *trotz* der Usurpation der Macht durch die NS-Diktatur.“<sup>128</sup> Der am 30. 6. 1933 ins Amt gekommene Wirtschaftsminister Kurt Schmitt vermutete, dass nur ein Drittel des 1933 stattgefundenen Wirtschaftsaufschwungs den staatlichen Massnahmen zugerechnet werden könnte, zwei Drittel seien Resultat der sozusagen natürlichen konjunkturellen Wiederbelebung.<sup>129</sup> Deutschland hat nicht wegen Hitler, sondern trotz Hitler am internationalen Konjunkturaufschwung seit 1933 teilgenommen.<sup>130</sup>

<sup>125</sup> Ritschl: *Beschäftigungspolitik*, S. 138.

<sup>126</sup> Diese These hat Borchardt bereits 1992 in einem Interview mit mir angedeutet; vgl. *Spezialist für Komplexität – Knut Borchardt im Gespräch* -, in: ifo Studien, 38/ 1992, S. 122 f.

<sup>127</sup> Vgl. Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, S. 645 f.

<sup>128</sup> Buchheim: *Die Erholung*, S. 26. Diese Ansicht teilt übrigens auch der seinerzeit im Institut für Konjunkturforschung tätige Wagenführ, der in seinem erstmalig 1954 publizierten Buch über die deutsche Wirtschaft von 1939-45 schreibt: „Vom Herbst 1932 ab, d. h. bereits *vor* dem nationalsozialistischen Umsturz, setzte ein leichter Heilungsprozeß ein, der bis Ende 1932 eine Produktionssteigerung um etwa 15 vH bewirkte.“ Die AB-Massnahmen des NS-Regime haben das Tempo der Erholung dann nur erheblich beschleunigt. R. Wagenführ: *Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945*, 2. Aufl., Berlin 1963, S. 14. In Fußnote 2, S. 130, verdeutlicht er seine Position: „Es ist in den vergangenen Jahren häufig so dargestellt worden, als ob es erst dem nationalsozialistischen Regime gelungen sei, die Produktionskurve der deutschen Industrie wieder nach oben zu wenden; diese Behauptung wird durch die Tatsachen nicht erhärtet.“

<sup>129</sup> Nach Silverman: *Hitler's Economy*, S. 221 f.

<sup>130</sup> Vgl. Ritschl: *Beschäftigungspolitik*, S. 138.